

böll

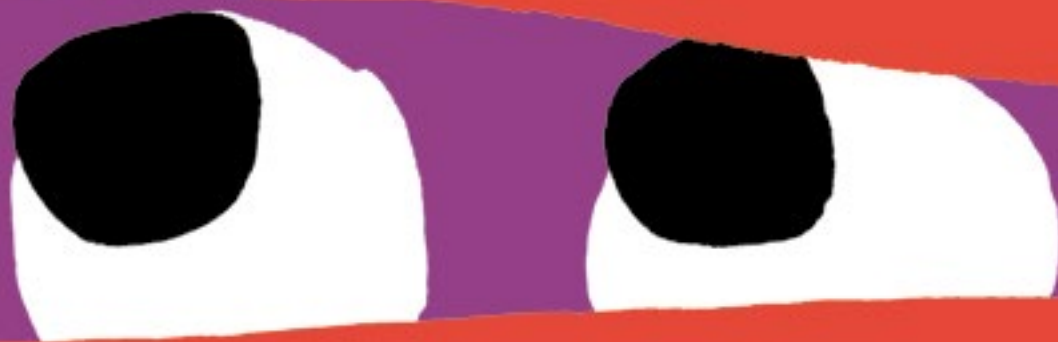
thema

Philosophie: Was bedeutet
Verantwortung?

Dossier: Soziale
Verantwortung lastet
auf vielen Schultern

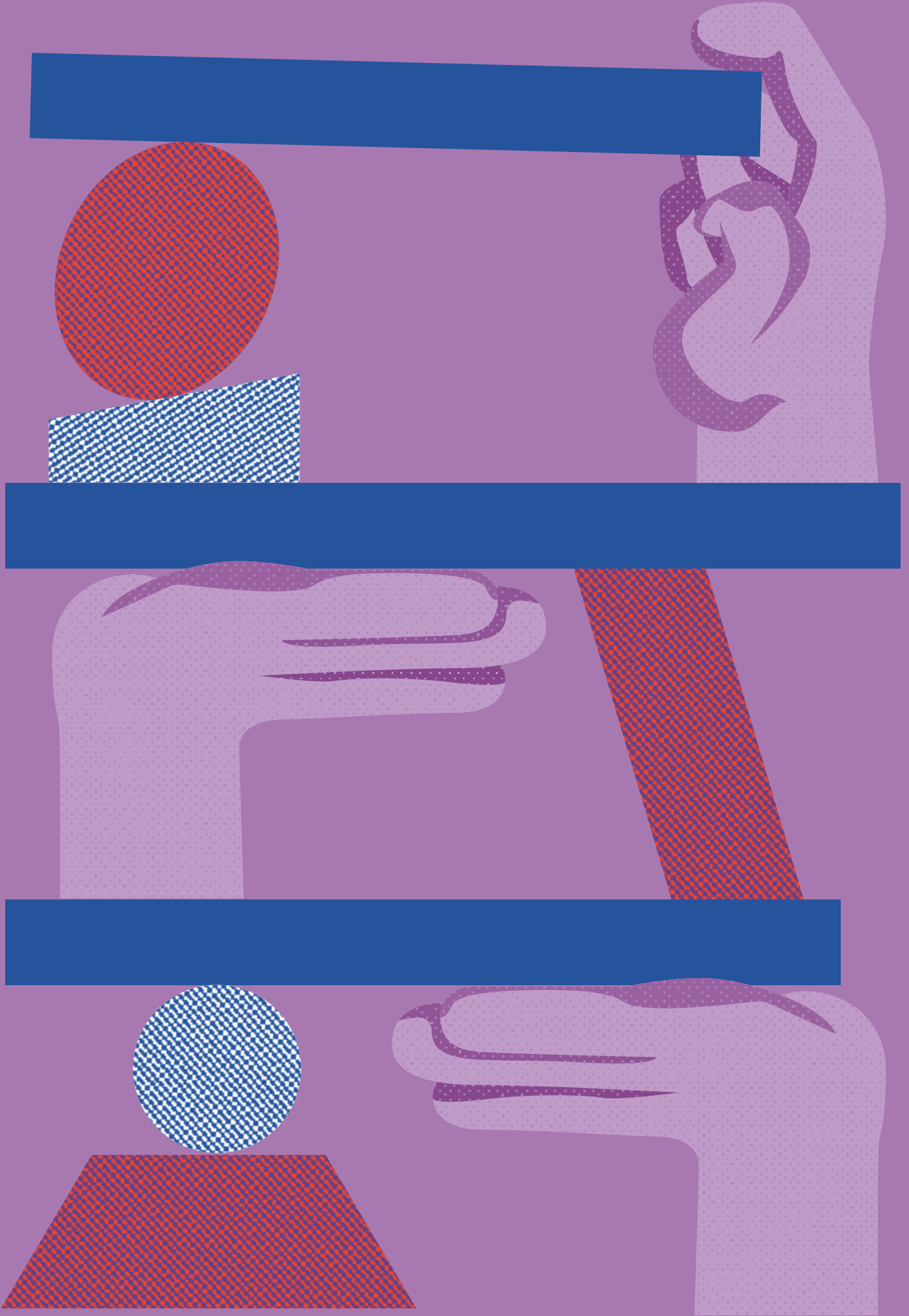
22-1

Report: Wenn Politik
und Zivilgesellschaft Hand
in Hand arbeiten



Ich jetzt?

Klima, Gesellschaft, Politik – Verantwortung übernehmen



Liebe Leser:innen,
Krieg in Europa – er steht jetzt im Fokus unserer Verantwortung. Zugleich muss weiterhin gehandelt werden im Kampf gegen die Pandemie, die Klimakrise, den Verlust der Artenvielfalt. Krieg verschärft die Notwendigkeit, sich der eigenen Verantwortung bewusst zu werden, das zu tun, was möglich ist, an der Stelle, an der jede:r persönlich gefragt ist.

Verantwortung ist keine Sache der anderen, sondern aller Bürger:innen. Individuell und institutionell, privat, zivilgesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich – jede:r von uns hat Gelegenheit, Verantwortung und Gestaltungsmacht zu übernehmen.

Ohne die Übernahme von Verantwortung ist eine freiheitliche Demokratie nicht möglich, ja mehr noch: Aus der Verantwortung heraus zu gestalten ist unabdingbar, um Krisen zu bewältigen und Zuversicht auszustrahlen.

Dieses Heft stellt Menschen vor, die Verantwortung übernehmen, in Organisationen, in Unternehmen und in Institutionen. Sie stehen ein für die Gesellschaft und zeigen, wie in Krisen proaktiv und zuversichtlich gehandelt werden kann.

Es war Herausforderung und Freude zugleich, als Vorstand der Stiftung in diesem politischen Umfeld und dieser großen intellektuellen Ressource zu arbeiten. Mit dem vorliegenden Heft verabschiede ich mich. Verantwortung für das Ganze – durch wen, wie viel, wofür? Diese Fragen haben mich in meiner Zeit als Stiftungsvorstand umgetrieben. Ab sofort gibt es einen Maßstab, der anzeigt, wie viel Verantwortung für Freiheit und Demokratie jede:r Einzelne zu übernehmen bereit ist. Die Ukrainer:innen setzen ihn gerade.

Ihre Ellen Ueberschär



Ellen Ueberschär
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Editorial

- 1 Von Ellen Ueberschär

Wo wir stehen

- 3 **In die Pflicht genommen:**
Was genau bedeutet
Verantwortung? Eine
philosophische Annäherung.
Von Stefan Gosepath

Dossier

- 6 **Die tun was**
Soziale Verantwortung ist nicht
allein Sache der Politik.
Über Menschen, die sich auf
unterschiedlichste Art für die
Gesellschaft engagieren.
Von Daniela Zinser

Großes Interview

- 12 **3 unter 30:**
Die neuen Bundestags-
abgeordneten Melis Sekmen (Die
Grünen), Jens Teutrine (FDP) und
Anna Kassautzki (SPD) sind in
der "politischen Komfortzone"
der Merkel-Jahre aufgewachsen.
Was tun sie, damit die Ampel-
Regierung da rauskommt?
Interview:
Peter Unfried

In Bildern

- 16 **Ein Stück von mir**
In Care-Berufen ist die
Übernahme von Verantwortung
eine Selbstverständlichkeit.
Sechs Frauen erzählen, was das
für sie bedeutet.
Fotos: Lena Giovanazzi
Texte: Christina Focken

Essay

- 22 **Kein Mitleid für Erben**
Warum der Satz „Erben bedeutet
Verantwortung“ stimmen
mag, nicht aber von Steuern
entbinden sollte.
Von Julia Friedrichs

Interview

- 24 **„Die Frage ist nicht, ob
Farbbeutel fliegen“**
Der Grünen-Bundvorsitzende
Omid Nouripour über politische
Verantwortung in Zeiten von
Krieg und Klimakrise.
Interview:
Peter Unfried

Statement

- 28 **„Verantwortung im Kleinen
zu übernehmen – das kann
Großes bewirken.“**
Ein Plädoyer
Von Mona Neubaur

Analyse

- 30 **Mehr Europa wagen**
Was bedeutet der Überfall
Russlands auf die Ukraine für
grüne Außenpolitik?
Von
Giorgio Franceschini

Debatte

- 32 **Zwischen Macht und
Verantwortung**
Deutschland wird sich nicht mehr
auf eine rein vermittelnde Rolle
zurückziehen können, wenn unsere
demokratische europäische
Zukunft gesichert werden soll.
Von Bastian Hermisson
- 33 **„Moral wieder in die
Betriebe einsourcen.“**
Katja Urbatsch und Armin
Steuernagel über soziale
Profite, Eigenverantwortung und
positive Menschenbilder.
Interview:
Tommi Winkler

Kommentar

- 35 **Wessen Freiheit, wessen
Verantwortung?**
Die wegweisende Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts zum
Klimaschutz.
Von Nils Weinberg

Rede & Gegenrede

- 36 **Ist es verantwortungslos,
weiter bei Facebook,
Instagram und WhatsApp
angemeldet zu sein?**
Es diskutieren Klaus
Raab und Svenja Bergt

Essay

- 38 **„Denk ich an
Einwanderungsland ...“**
Wie kann eine Gesellschaft ihre
eigene Einwanderungsgeschichte
erzählen – und welche Orte
braucht es dazu?
Von Asal Dardan

Reportage

- 40 **Ernsthafte Absichten**
Im Idealfall handelt es sich
bei Zivilgesellschaften und
politischen Institutionen nicht
um Gegner, sondern um Partner.
Aber wie funktioniert das in
der Praxis?
Von Susanne Lang

Das letzte Wort

- 44 **Die Grauzone zwischen
Hauseingang und
Fußgängerzone**
Von Lena Kaiser



In die Pflicht genommen

Verantwortung ist ein zentraler Begriff unserer Epoche, die von Krisen und einem raschen Wandel geprägt ist. Was genau aber bedeutet er?
Eine philosophische Annäherung

Text: Stefan Gosepath

Der Begriff der Verantwortung findet derzeit vor allem dann Anwendung, wenn von Regeln und Institutionen die Rede ist, die Verantwortlichkeiten zwischen Staat und Gesellschaft sowie unter den Bürgern festlegen und organisieren. Diese Regeln und Institutionen bedürfen einer Anpassung an neue Gegebenheiten, und sie werden unter dem Topos Verantwortung gegenwärtig auch entsprechend gesellschaftlich und politisch neu justiert.

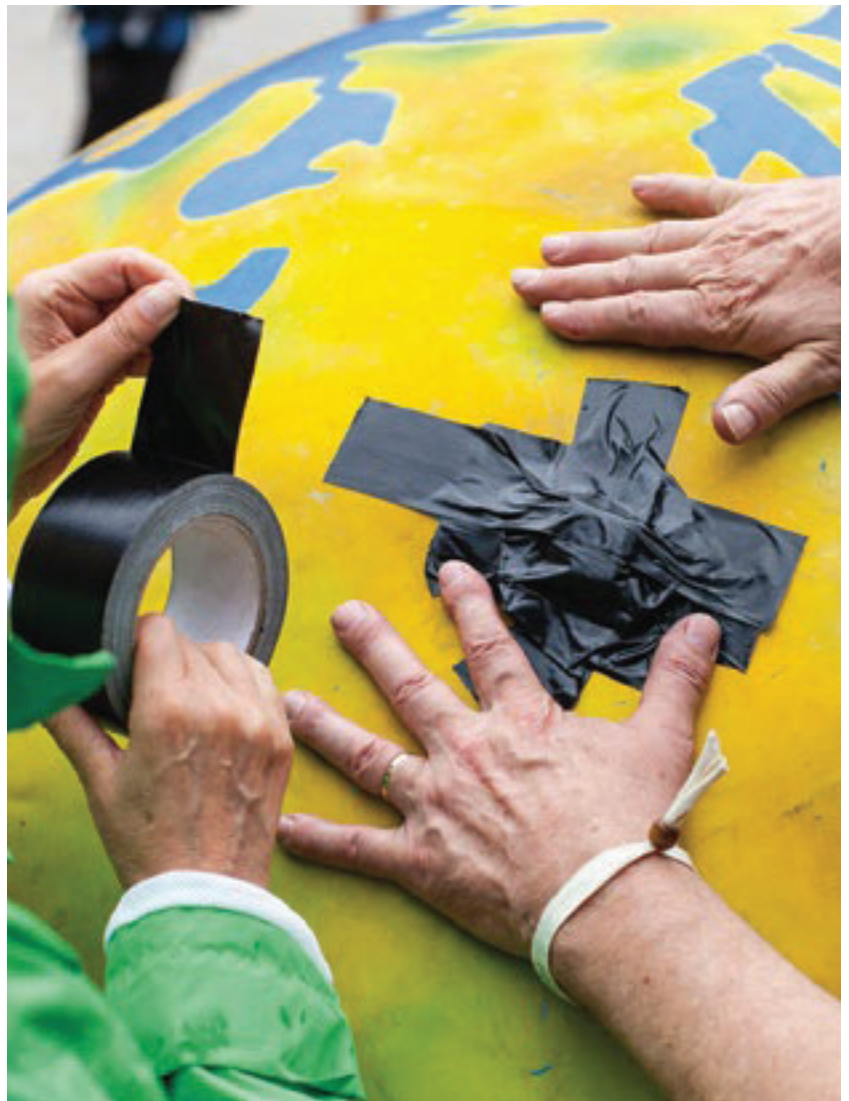
Mit dem Begriff der Verantwortung wird aktuell also auf tiefgreifende Veränderungen im Selbstverständnis und der objektiven Lage moderner Gesellschaften reagiert. Man denke etwa an folgende Beispiele als Belege für diese Vermutung: weltweite Umweltprobleme; Deregulierung und Privatisierung sozialer Funktionsbereiche, inklusive Sozialstaatsreformen zu mehr „Eigenverantwortung“; krisenhafte Entwicklungen der weltweiten Finanzmärkte; die Pandemie Sars-Cov-19; schließlich weltweite Migration aufgrund von Hunger und Kriegen.

In all diesen Beispielen und vielen anderen, die man noch nennen könnte, zeigt sich eine gemeinsame Schwierigkeit: Hier muss – zum Teil aus funktionalen, zum Teil aus moralischen Gründen – auf Problemlagen reagiert werden, bei denen zum einen die kausalen Verursacher nicht immer eindeutig oder nur unvollständig ausgemacht werden können und bei denen zum anderen die für die Beseitigung des Problems Zuständigen nicht klar bestimmbar sind. Entsprechend notwendig wird eine gesellschaftliche Bearbeitung dieses Problems im Sinne einer *sozialen Organisation moralischer Verantwortung*. Auf diesen Regelungsbedarf reagiert die Gesellschaft mit der gegenwärtigen Konjunktur des Terminus Verantwortung.

Eine Verantwortungszuschreibung bedeutet zunächst, dass die betreffende Person für moralisch zuständig erachtet wird. Um zu zeigen, wie diese notwendige soziale Organisation mittels Verantwortungszuschreibung moralisch plausibel gelingen kann, werden im Folgenden vier Arten der Verantwortung unterschieden. Ziel ist es, durch die gerechtfertigte Kombination dieser vier Verantwortungsarten ein integrierendes Verantwortlichkeitssystem zu begründen, in dem moralische Verantwortung sowohl effizient als auch gerecht verteilt werden kann.

In der *paradigmatischen Grundbedeutung* bezeichnet Verantwortung die Möglichkeit, einem Menschen die Folgen seines Handelns vorzuhalten, ihn also für diese Folgen „verantwortlich zu machen“, und die daraus für diesen Menschen erwachsende Nötigung, diese Vorhaltungen zu akzeptieren oder sich gegen sie zu verteidigen. Der Begriff der Verantwortung bezeichnet damit eine vierstellige Relation: Jemand ist für etwas oder für jemanden gegenüber einer oder mehreren Personen oder Institutionen in Bezug auf ein normatives Kriterium im Rahmen eines Verantwortungs- und Handlungsbereiches verantwortlich.

Nur nebenbei sei eine wesentliche, aber philosophisch nicht banale Voraussetzung von Verantwortlich-



machen erwähnt: Die betreffende Person muss überhaupt zurechnungs- bzw. verantwortungsfähig sein. Die Zuschreibung von *Verantwortung* als Verpflichtung ist an eine unterstellte *Verantwortlichkeit* als Kontrollfähigkeit oder Zurechenbarkeit gekoppelt. Ohne Verantwortlichkeit kann eine Handlung oder ein Ergebnis nicht einer Person zugerechnet werden. Zurechnungsfähigkeit wird bis zum Beweis des Gegenteils üblicherweise unterstellt, sofern die handelnde Person aus eigenem Antrieb freiwillig und bewusst (also vor allem ihre Situation und die Handlungsfolgen überschauend) handeln kann.

Man unterscheidet zwischen prospektiver und retrospektiver Verantwortung, die eng zusammenhängen. Eine Person kann (aufgrund zuschreibbarer Taten) nur dann retrospektiv, also zurückschauend, zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie für die relevanten Handlungen generell auch prospektiv (also vorausschauend, bevor sie ausgeführt werden) verantwortlich ist. Man trägt also zunächst schon prospektiv Verantwortung, handelt dann verantwortlich (oder unverantwortlich) und wird daraufhin retrospektiv zur Verantwortung gezogen.

„Sich verantworten“ heißt so viel wie „Rede und Antwort stehen“

Der deutsche Begriff Verantwortung verweist – ebenso wie die analogen Begriffe in anderen Sprachen – unverkennbar auf die Praxis des „Für-etwas-Rede-und-Antwort-Stehens“. „Sich verantworten“ heißt so viel wie „sich rechtfertigen“.

Neben der gerade vorgestellten grundlegenden, moralisch-kausalen Verantwortung kann man drei wesentlich unterschiedliche Arten (und nicht nur Kontexte) der Verantwortung unterscheiden, nämlich eine strukturelle Verantwortung, Rollenverantwortung und Fähigkeitsverantwortung.

Da Handelnde in einem System oder strukturellen Rahmen agieren, sind sie oft für die Ergebnisse ihres Tuns und Unterlassens insofern nicht kausal voll und allein verantwortlich, als es primär andere, aus ihrer Perspektive äußere, strukturelle, systemische Einflüsse sind, die das Ergebnis mit verursachen. Das entbindet sie aber nicht der Verantwortung; vielmehr haben sie auch eine *strukturelle*

Mitverantwortung für die Hintergrundstruktur selbst. Sofern ein struktureller Rahmen unseres Handelns, zum Beispiel das Weltwirtschaftssystem, moralisch verwerflich ist, sind alle am System Beteiligten moralisch verpflichtet, diesen zu verbessern.

Rollenverantwortung umfasst Verpflichtungen aus Aufgaben und Ämtern, die man als Inhaber institutioneller Rollen für eine gewisse Zeit übernommen hat. Eine solche Rolle muss nicht notwendig freiwillig übernommen worden sein, um Rollenverantwortung zu generieren. In einige Rollen kommt man nämlich gegebenenfalls ungewollt, in andere wächst man langsam hinein. Bei der Verantwortung, die mit einer Rolle einhergeht, wird dem Rolleninhaber pauschal Verantwortlichkeit für einen kontrollierbaren Handlungsbereich ohne Rücksicht auf ein konkret nachweisbares schuldhaftes Verhalten zugeschrieben.

Die bekannte Ministerverantwortung ist dafür ein aussagekräftiges Beispiel; „Eltern haften für ihre Kinder“ ein weiteres. Es besteht zunächst eine moralisch-gesellschaftliche Forderung, die Rolle, so wie sie institutionell konzipiert ist, adäquat auszufüllen, insbesondere Regelverletzungen zu vermeiden und alle damit zusammenhängenden Pflichten korrekt zu erfüllen, auch wenn nicht immer offensichtlich ist, welche Pflichten mit der Rolle einhergehen. Dabei müssen mögliche Fehlentscheidungen, so sie üblicherweise unvermeidbar in der Rollenausübung sind, zu einem gewissen Grad toleriert werden.

Es bestehen positive Pflichten, Übel abzuwenden

Fähigkeitsverantwortung (wie ich es nenne) ergibt sich, wenn man nicht nur für die Folgen des tatsächlichen eigenen Tuns verantwortlich ist, sondern auch für das *mögliche* eigene Tun oder Unterlassen verantwortlich sein soll. Es bestehen positive Pflichten, mögliche Übel zu verhindern oder zu beseitigen. Wer diesen Pflichten zur Hilfe in Not nicht nachkommt, handelt unverantwortlich. Beispielsweise darf eine Mutter ihr Kind im Straßenverkehr nicht nur nicht selbst gefährden, sondern muss auch in ihren Rollen als Mutter und Verkehrsteilnehmerin die Schädigung ihres Kindes und anderer tunlichst vermeiden; darüber hinaus muss sie zudem, wenn sie die Gefährdung eines anderen Kindes wahrnimmt, das zum Beispiel leichtsinnig an einer viel befahrenen Straße spielt, dieses vor dem heranbrausenden Wagen retten, wenn das keine ungebührlichen Nachteile für sie bringen würde.

Die Gesellschaft kann und sollte rechtlich aufgrund von moralischen Überlegungen in Kombination mit Effizienzüberlegungen festlegen, wer für welche möglichen Schäden verantwortlich sein soll, wie etwa bei Haftung ohne Schuld im Recht. Wir alle haben ein großes Interesse daran, dass Mechanismen in Kraft sind, die Schäden verhindern (präventive Wirkung von Haftungsregelungen) und deren Folgen im Fall ihres Eintretens möglichst beseitigen oder zumindest kompensieren (retrospektive Wirkung von Haftungsregelungen). Der Besitz bestimmter relevanter Fähigkeiten (vor allem das mögliche Übel zu verhindern) bringt also – sofern keine Gegengründe gelten – Fähigkeitsverantwortlichkeiten mit sich.

Diese Konzeption birgt allerdings die Gefahr, dass sie eine kontraproduktive Überdehnung und Entleerung des Verantwortungsbegriffs zur Konsequenz haben kann. Hier schafft ein integratives Verantwortungsmodell Abhilfe: Die mir vorschwebende Lösung für dieses Problem ist die bewusste gesellschaftliche Schaffung eines kooperativen Akteurs (wie im Haftungsrecht): Da man insbesondere der Strukturverantwortung und Fähigkeitsverantwortung nur durch (koordinierte) Bemühungen vieler einzelner nachkommen kann, stellt dies eine Gemeinschaftsaufgabe dar. Ein Kollektiv von Individuen wird dementsprechend für die Beseitigung von Notlagen prospektiv verantwortlich gemacht, allerdings abhängig von den Individuen, besonders ihren Fähigkeiten und ihrer Mit- bzw. Teilverantwortung. Im ersten Schritt müssen also die Verantwortlichkeiten einem kollektiven Akteur als solchem zugerechnet werden, der aus Individuen besteht, die zusammen effektiv in der Lage sind, allen Verantwortlichkeiten nachzukommen und die Kosten dafür zusammen zu tragen. Der nun gemeinsam geteilten Verantwortung kommen die Gruppenmitglieder nach, indem sie in einem zweiten Schritt eine vernünftige Allokation

der Pflichten durch gesellschaftliche und moralische Arbeitsteilung vornehmen, in deren Rahmen die Individuen entweder gleichmäßig belastet werden oder auch nur einige Personen Aufgaben zugeteilt bekommen und dafür von den anderen kompensiert werden. Bei der Spezifizierung der Verantwortlichkeiten von Individuen kommt es so bis zu einem gewissen Grad zu einer Reindividualisierung kollektiver Verantwortung bzw. Haftung, indem die Gruppe den internen Verteilungsmaßstab der Lasten in der Gruppe bestimmt.

Es ist die Rolle des Staates und supra-staatlicher Organisationen, angesichts der am Anfang genannten globalen Herausforderungen genau diese integrative Doppelaufgabe zu leisten und so jeden von uns in die Pflicht zu nehmen, unseren Beitrag verantwortlich zu erbringen. Wahrlich keine leichte Aufgabe, aber eine notwendige.

Stefan Gosepath ist Professor für Praktische Philosophie an der Freien Universität Berlin und Co-Direktor der Kolleg-Forscherguppe *Justitia Amplificata*: Erweiterte Gerechtigkeit – konkret und global. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Gerechtigkeit, Menschenrechte, Demokratie und Theorien der Rationalität.





Dossier:
Daniela Zinser

Die tun was

Soziale Verantwortung ist nicht allein Sache der Politik. In diesem Dossier stellen wir Menschen und Organisationen vor, die sich auf unterschiedlichste Art für die Gesellschaft engagieren.

Medizinische Versorgung für alle

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Doch wer in Deutschland ohne Krankenversicherung medizinische Versorgung braucht, wird oft allein gelassen und nicht behandelt. Beim Medinetz übernehmen Ehrenamtliche die Verantwortung, die die Politik nicht ausfüllt – sie helfen, dass Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben, ärztliche Versorgung bekommen.

„Menschen mit erheblichen Problemen werden in der Notaufnahme einfach nicht behandelt. Da merkt man, was so ein Plastikkärtchen ausmacht“, sagt Medizinstudent Paul Nickel aus dem Vorstand des Medinetz Ulm, einem von deutschlandweit 39 Medinetzen. Er erzählt von einer Hochschwangeren, die mit Wehenblockern weggeschickt wurde.

Viele Schwangere kommen hilfeschend in die Sprechstunde des Medinetz Ulm, aber auch Menschen mit Zahnschmerzen oder chronischen Krankheiten wie Diabetes. „Die Allermeisten melden sich erst, wenn sie es nicht mehr aushalten. Wenn sie vor Schmerzen länger nicht mehr essen können oder seit zwei Wochen notwendige Medizin nicht mehr einnehmen“, sagt Nickels Vorstandskollegin, die Psychologiestudentin Maren Woestmann.

Das Medinetz vermittelt die Patient*innen anonym weiter an ein Netzwerk aus Ärzt*innen und Hebammen, die sie meist kostenlos behandeln. Die aus Spenden finanzierte NGO übernimmt etwa Laborkosten oder Zahnprothesen. Die Ehrenamtlichen vom Medinetz haben es am häufigsten mit zwei Gruppen zu tun: Die eine große Gruppe sind EU-Bürger*innen, die in Deutschland leben, aber nicht sozialversicherungspflichtig angestellt sind. Auch wenn sie bereit sind, sich freiwillig krankenzuversichern, ist dies oft nicht möglich, da sie nicht die nötigen Vorversicherungszeiten nachweisen können, weil es in ihrem Heimatland keine Versicherungspflicht gibt. Sie werden von den gesetzlichen Kassen nicht aufgenommen. Für sie sollten Clearingstellen aus staatlichen Institutionen und freien Trägern Lösungen finden, fordert das Medinetz.

Die andere Gruppe sind Menschen ohne Papiere, die ohne genehmigten Aufenthaltsstatus hier leben. Sie zögern oft, sich in Behandlung zu begeben aus Angst, dass ihre Daten an die Ausländerbehörde weitergegeben werden und ihnen die Abschiebung droht. Selbst wenn sie bereit sind, das Risiko in Kauf zu nehmen, wird eine Behandlung aufgrund der fehlenden Krankenversicherung häufig verweigert oder ist mit hohen – in der Regel für diese Personengruppe unbezahlbaren – Kosten verbunden. Das Medinetz setzt sich deshalb für anonymisierte Krankenscheine und die Abschaffung der Meldepflicht ein.

„Wir Ehrenamtlichen haben nur begrenzte Mittel, und so ein elementares Grundrecht darf auf keinen Fall nur in privaten Händen liegen“, sagt Nickel. Ziel sei es, alle unversicherten Menschen in das reguläre System der gesetzlichen Krankenkassen einzugliedern. Denn das Medinetz kann nur einen Bruchteil derer erreichen, die Hilfe bräuchten: 140 000 Menschen leben laut Mikrozensus 2019 in Deutschland ohne Krankenversicherung – die müssten eigentlich alle irgendwann zum Arzt.

www.medinetz-ulm.de



9 Millionen Impfdosen

haben Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter der Malteser
bis zum Ende 2021 verimpft

3100



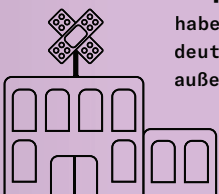
Menschen

wurden für den Betrieb
der Impfzentren neu
eingestellt

49

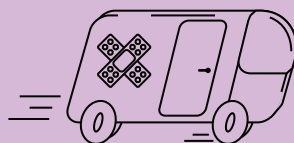
Impfzentren und Impfstationen

haben die Malteser
deutschlandweit betrieben,
außerdem



55

mobile Impfteams und Impfbusse



Gesundheit

Gererechtigkeit

„Es ist unfair und undemokratisch, wenn einige wenige Menschen Unsummen erben und die meisten anderen nicht. Wir sollten auch anerkennen, wer dieses Vermögen erarbeitet hat – ich nämlich nicht. Das waren die Menschen in den Unternehmen.“

Marlene Engelhorn, BASF-Erbin

„Ich will in einer Gesellschaft leben, in der die Vermögensverhältnisse nicht so eklatant auseinanderklaffen.“

Der Staat ist der einzige demokratisch legitimierte Akteur, der diese Umverteilung vornehmen darf.“

Antonis Schwarz, seine Familie verkaufte ihre Mehrheitsbeteiligung an Schwarz Pharma

„Es ist doch eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, dass Handwerker und Krankenschwestern hohe Steuern zahlen und Multimillionäre und Milliardäre größtenteils kaum.“

Peter Reese, vermögend durch den Verkauf von Verivox



„Tax me now“ rufen rund 50 Millionärinnen und Millionäre aus dem deutschsprachigen Raum. Sie fordern unter anderem eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, weniger Ausnahmen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer und striktere Regeln gegen Steuerhinterziehung.

Einsatz für geflüchtete Frauen und Kinder

Als Elisabeth Ngari Mitte der 1990er Jahre aus Kenia nach Brandenburg kam, war es für sie ein Schock: das jahrelange Leben in Sammelunterkünften, die Erfahrung von doppelter Diskriminierung durch Sexismus und Rassismus. Um andere geflohene Frauen und Kinder vor ähnlichen Erfahrungen zu bewahren, gründete sie 2002 mit Geflüchteten und Unterstützerinnen die Initiative Women in Exile. Gemeinsam kämpfen sie seitdem gegen diskriminierende Gesetze wie die Residenzpflicht, die Unterbringung in Sammelunterkünften, das Gutscheinsystem und Arbeitsverbote – aus Perspektive der Frauen. Neben aktiver Öffentlichkeitsarbeit informieren die Aktivistinnen von Women in Exile geflüchtete Frauen über ihre Rechte, sie helfen ihnen, juristische Unterstützung zu finden, und versuchen in Kursen, ihnen Selbstvertrauen zu vermitteln. Die Initiative sieht sich als eine der wenigen Schnittstellen zwischen Frauen- und Flüchtlingsbewegung.

SEXISMUS, Substantiv, maskulin [der]

1. Vorstellung, dass ein Geschlecht dem anderen von Natur aus überlegen sei
2. Oberbegriff für eine breite Palette von Einzelphänomenen unbewusster oder bewusster Diskriminierung auf der Basis des Geschlechts durch einzelne Äußerungen, Verhaltensweisen und Ähnliches

Gegen Sexismus aller Art setzt sich **Pinkstinks** ein. Die Protestorganisation kritisiert starre Geschlechterrollen in Medien und Werbung, macht Bildungsarbeit in Kitas und Schulen und sensibilisiert mit digitalen Kampagnen sowie einem Online-Magazin für das Thema.

Kulturelle Teilhabe für alle

Eintrittskarten für Theater, Oper, Ballett oder Konzerte sind für Menschen mit geringem Einkommen oft unbezahlbar. Um ihnen dennoch solche Erlebnisse zu ermöglichen, vermittelt KulturHafenKiel kostenlos nicht verkaufte oder gespendete Eintrittskarten. Leere Plätze werden so sinnvoll genutzt, und kulturelle Teilhabe ist keine Frage des Geldes mehr, zumindest in Kiel.



UNTERSTÜTZT VON GLEICHALTRIGEN: Die Stiftung Bildung bringt Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 27 Jahren in Tandems zusammen, um gemeinsam und voneinander zu lernen, aber auch, um in der Freizeit Spaß zu haben. Über diese Chancenpatenschaften sollen Schüler*innen aus sozial benachteiligten Familien gefördert werden.

Fünf Fragen an: Maren Pfalzgraf von CORRECTIV

Frau Pfalzgraf, wer und was ist CORRECTIV?

Wir sind ein gemeinnütziges Recherchezentrum für investigativen Journalismus mit mehr als 60 Mitarbeitenden. Seit 2014 recherchieren wir zu strukturellen Missständen, die direkte Relevanz für die Menschen haben. Da wir uns durch Spenden finanzieren, können wir unabhängig von Klicks, Werbung und Politik arbeiten und unsere Artikel frei zugänglich machen.

Worin sehen Sie die gesellschaftliche Verantwortung von CORRECTIV?

Unser Ziel ist ein faktenbasierter Diskurs. Wir wollen die Menschen aufklären und ihnen Medienkompetenz vermitteln, damit sie informierte Entscheidungen treffen und konstruktiv debattieren können. Ein wichtiger Punkt ist dabei, Falschmeldungen aufzudecken und zuverlässige Quellen zu erkennen.

Wie gehen Sie dabei vor?

Wir haben eine eigene Faktencheck-Redaktion, die täglich Falschmeldungen entlarvt, von denen es gerade im Ukrainekrieg und in der Pandemie eine ganze Flut gibt.

Da hilft nur Aufklärung. Außerdem geben wir unser Wissen auch weiter, in Workshops, in unserer Reporterfabrik und in der Jugendredaktion. Uns ist es wichtig, die Bürger*innen direkt einzubeziehen. An unserer Recherche zu Schwangerschaftsabbrüchen haben sich mehr als 1500 Menschen beteiligt.

Was waren die bisher größten Erfolge von CORRECTIV?

Seit Jahren recherchieren wir auch mit internationalen Medienpartnern, zum Beispiel zum CumEx-Steuerkandal. Wir konnten nachweisen, dass weltweit jährlich 150 Milliarden Euro Steuern geraubt werden. Jetzt beschäftigt sich die Finanzaufsicht mit dem Thema. Auch bei der AfD-Spendenaffäre wird nun genauer hingeschaut. Nach unserer Recherche will der Gesetzgeber die Lücke im Parteiengesetz schließen. Zudem musste die AfD 270.000 Euro Bußgeld zahlen.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen in Zukunft?

In der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und den populistischen Tendenzen. Extreme Stimmen werden immer lauter, obwohl sie nur von einer Minderheit kommen. Gerade da ist es wichtig, sich auf Fakten als verbindendes Element zu besinnen. Investigativer, der Demokratie verpflichteter Journalismus, der mutig und unabhängig recherchiert, ist dafür essenziell.

Für die Interessen von Arbeitnehmer*innen

Leidenschaftlich streitet Claudia König für soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmerinteressen – auf allen Ebenen: Seit 1989 ist sie Mitglied bei der IG Metall, seit 2005 Betriebsrätin beim Aufzughersteller Otis in Berlin und inzwischen dort Betriebsratsvorsitzende, seit 2010 ist die 60-Jährige außerdem ehrenamtliche Richterin, seit zwei Jahren nun am Landesarbeitsgericht Berlin. Vorgeschlagen wurde sie von ihrer Gewerkschaft.

Gemeinsam mit einem ehrenamtlichen Kollegen oder einer Kollegin, die die Arbeitgeberinteressen vertreten, unterstützt sie die hauptamtlichen Richter*innen und kämpft für die Arbeitnehmer*innen. „Meist geht es um Kündigungen und ums Geld“, sagt König. Das gehe ihr manchmal schon nahe: „Wenn eine renommierte Hotelkette, die Millionenumsatz macht, eine kaum mit Mindestlohn bezahlte Mitarbeiterin kündigt, die wegen der weiten Anreise aus Polen drei Mal zu spät kommt, dann wird da Profit auf Kosten der Ärmsten gemacht. Diese Frauen opfern alles für den Job hier, das bringt mich zur Weißglut.“

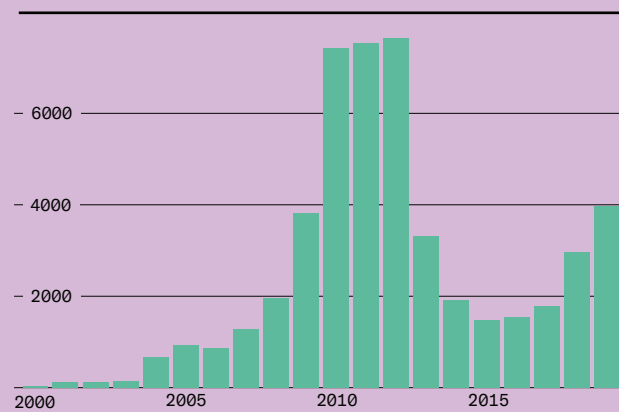
Sie versuche, jedem Einzelfall gerecht zu werden. Meist endete es im Vergleich und mit Abfindungszahlungen. „Ich bin da, nicht um zu richten, sondern um die Interessen der Arbeitnehmer*innen durchzusetzen, deren Belange ich da vertrete, ohne Ansehen der Person, denn manchmal sind es schon schräge und krude Fälle“, sagt König. Vier bis sechs Einsätze hat sie am Landesarbeitsgericht im Schnitt pro Jahr. „Ich bin studierte Theologin, das hilft mir vor Gericht und im Betriebsrat sehr: Predigen, Seelsorge, taktisch-strategisches Denken und Rangeln um Positionen gehören zu meinem Arbeitsalltag.“

ARCHITEKTUR FÜR ALLE:
Im Regenrückhaltebecken des ehemaligen Flughafens Tempelhof hat das Berliner Architekturkollektiv Raumlabor die Floating University errichtet. Ein Ort, an dem Visionen für Stadtplanung und urbanes Zusammenleben der Zukunft erörtert werden. Unter anderem dafür gab es im vergangenen Jahr den Goldenen Bären der Biennale von Venedig. Der Ansatz trete „für Teilnahme und gemeinsame Verantwortung ein“, lobte die Jury. Inzwischen führt ein Verein die Idee weiter.



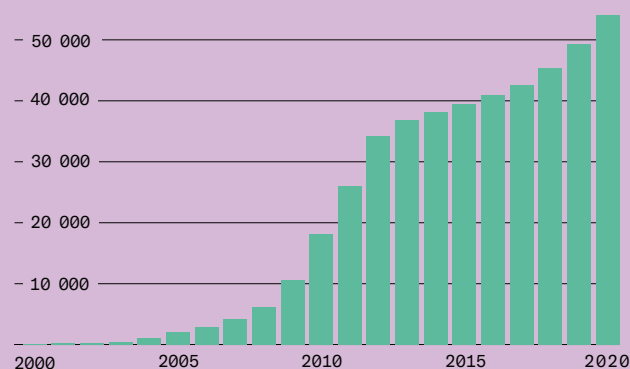
Und ihre Arbeit als Betriebsrätin profitiere vom Richterhonorar: „Es stärkt mich in juristischem Wissen, aber auch darin, das taktisch zu nutzen und mich gegenüber dem Arbeitgeber entsprechend zu präsentieren. Ich kann gut argumentieren und dringe darauf, dass Absprachen auch eingehalten werden“, sagt die Gewerkschafterin. Ihre Kolleginnen und Kollegen im Betrieb ermutigt sie, sich zu trauen und all die juristischen Möglichkeiten auch zu nutzen. Man müsse sich nicht alles gefallen lassen.

Die Erfolge, die dabei meist herauskommen, geben ihr Kraft, sagt Claudia König. „Diese kollektiven Erfahrungen des Widerstands müssen wir uns immer wieder in Erinnerung rufen und sie weitererzählen. Das stärkt die betriebliche Demokratie und die Solidarität.“



Entwicklung der jährlich installierten Leistung von Fotovoltaikanlagen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2019

Quelle: Bundesverband Solarwirtschaft



Installierte Leistung (kumuliert) der Fotovoltaikanlagen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2020

Quelle: Bundesverband Solarwirtschaft

240 000 Solarstromanlagen mit einer Gesamtleistung von 5,3 Gigawatt wurden laut Bundesverband Solarwirtschaft im vergangenen Jahr neu installiert. Das sind zehn Prozent mehr als 2020. Rund zehn Prozent des heimischen Stromverbrauchs werden mit Fotovoltaikanlagen gedeckt – jede trägt einen Teil zur Energiewende bei.

IM DAUEREINSATZ FÜR DIE MEINUNGSFREIHEIT:
Die bundesweiten Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen sind für die Polizei nicht nur eine personelle Herausforderung – die Beamt*innen sind auch zu einem der Hauptfeindbilder der Protestbewegung geworden. „Einsatzkräfte werden nicht nur bei den Protesten, sondern auch im virtuellen Raum zunehmend angefeindet und beispielsweise als 'Söldner' oder 'Mörder des Systems' diffamiert“, sagt Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Einsatz für ein diverseres Parlament

Weniger: männlich, um die 50, Jurist. Dafür mehr: weiblich, jung, Migrationshintergrund, ostdeutsch, zivilgesellschaftlich engagiert, Nichtakademiker – die Initiative Brand New Bundestag (BNB) will die deutsche Politik progressiver und diverser machen. Mehr als 200 Ehrenamtliche engagieren sich in der 2019 ins Leben gerufenen Graswurzelbewegung, deren Idee aus der USA stammt. Dort half Brand New Congress der Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez in den Kongress. In Deutschland schafften es Rasha Nasr (SPD), 29, Kassem Taher Saleh (Grüne), 28, aus Sachsen und der Frankfurter Armand Zorn (SPD), 33, mit der Unterstützung der Initiative in den Bundestag.

Brand New Bundestag (BNB) ist parteiübergreifend offen, verlangt aber von den Kandidat*innen ein Bekenntnis zu Werten wie soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Wirtschaft, Klimaschutz und ein solidarisches Europa. Die Unterstützung reicht von Schulungen in Rhetorik, Social Media und Kampagnenstrategie über aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis zur Hilfe beim Wahlkampf. Außerdem gibt es ein breites Netzwerk. Den drei Neuen im Bundestag half all das vor allem parteiintern, sich gute Listenplätze zu sichern. Nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl unterstützt BNB nun Neulinge in der Lokalpolitik.

BÜRGERBEGEHREN: WAS MENSCHEN ONLINE ALLES FORDERN

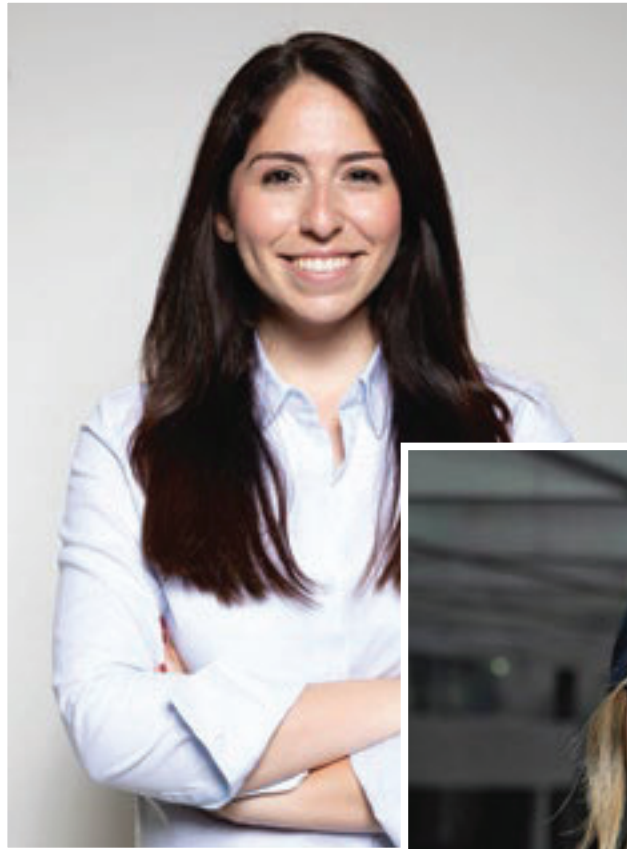
- #StadtHerzLeben – Rettet die Innenstädte und den innerstädtischen Fachhandel
- Keine weiteren Baumfällungen im Auerdreieck, Ersatzpflanzungen für bereits gefällte Bäume!
- Es ist 2020. Catcalling sollte strafbar sein
- Nein zum Bau eines Freizeitparks im Außenbereich von Mömbris-Dörnsteinbach
- Ausbildung im Handwerk anstatt Abschiebung eines gut integrierten Asylbewerbers
- Wir sind keine Nudeln! Anerkennung für die HipHop-Kultur



- Gerechter Lohn, mehr Wertschätzung im Sozial-/ Pflege-/ Gesundheitswesen
- Erhalt der Kreismusikschule Göttingen
- Schützen Sie die Skandinavistik vor Streichungen!
- Augenarzt fürs Prümer Land
- #tattoofarbenretten – 2020
- Straßenverkehrs-Ordnung – Generelles Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen

Das ist eine kleine Auswahl der mehr als zehntausend digitalen Unterschriftensammlungen auf openpetition.de, mal stimmten einige hundert, mal viele tausend Menschen für die Anliegen ab. Die Internetplattform unterstützt beim Erstellen, Bekanntmachen und Einreichen von Petitionen, Bürgerinitiativen oder Kampagnen und fordert Stellungnahmen aus der Politik ein.

Demokratie



3 unter 30

Die neuen Bundestagsabgeordneten Melis Sekmen (Die Grünen), Jens Teutrine (FDP) und Anna Kassautzki (SPD) sind in der „politischen Komfortzone“ der Merkel-Jahre aufgewachsen. Was tun sie, damit die Ampel-Regierung da rauskommt?

Interview: Peter Unfried

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt zur Neujustierung von politischer Verantwortung in der Bundesrepublik. Der europäische Soziologe Ivan Krastev sagt, Europa müsse nun endlich aus seiner „romantischen Phase“ raus, nachdem man nach 1989 noch dachte, nur die anderen müssten sich ändern. Wie sehen Sie's?

Melis Sekmen (MS): Der Überfall Putins auf die Ukraine hat uns eindeutig vor Augen geführt, dass Demokratie und Menschenrechte in souveränen Staaten nicht selbstverständlich sind. Ich würde allerdings auch sagen, dass die Grünen keinen verklärten Blick Richtung Russland hatten, sondern wir uns hier außenpolitisch immer klar positioniert haben. Eine langfristige neue Strategie im Umgang mit Autokratien ist nur im Rahmen unserer Partner in der EU, der G7 und der NATO möglich.

Anna Kassautzki (AK): Ich finde den Ausdruck der „Zeitenwende“, den Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung genutzt hat, sehr treffend. Putin und das Leid, das er mit seiner Armee in der Ukraine verursacht, zwingen uns, umzudenken und Bündnisse neu zu beleben, um unsere Freiheit und Demokratie verteidigen zu können. Im Übrigen würde ich der These der „romantischen Phase“ widersprechen wollen. Wir haben uns in Europa mit der Erinnerung von zwei Weltkriegen und einem Kalten Krieg im Nacken darauf geeinigt, Konflikte, wo möglich, friedlich und durch diplomatische Gespräche zu lösen. Von diesem Weg möchte ich nicht abweichen, außer wir werden – wie im aktuellen Fall – dazu gezwungen. Waffen bringen keinen Frieden, und ich für meinen Teil habe die Hoffnung auf eine bessere Welt noch nicht aufgegeben.

Jens Teutrine (JT): Unsere Generation konnte sich glücklich schätzen, dass wir Europa nur als Ort des Friedens kennengelernt haben. Nun ist der Krieg aber endgültig zurück in Europa. Wir müssen uns eingestehen, dass wir uns in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend auf ein solches Szenario vorbereitet, nicht entschlossen genug gehandelt haben und falsche Prioritäten gesetzt wurden. Wir haben uns in einer politischen Komfortzone eingemottet. Unser Staat ist in zentralen Aufgaben nicht handlungsfähig. Klingt hart, aber ist leider so. Das muss sich nun ändern. Wir müssen große Schritte hin zu mehr Unabhängigkeit in der Energieversorgung machen. Auch das Sondervermögen für die Bundeswehr, die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO und die Waffenlieferungen in die Ukraine sind wichtige erste Maßnahmen für ein Umdenken. Sie müssen aber natürlich verbunden sein mit weiteren Reformen – beispielsweise muss das bürokratische Beschaffungswesen der Bundeswehr dringend überarbeitet werden. Statt uns in Wohlfühlthemen zu verlieren, müssen wir wieder mehr über die Brot-und-Butter-Themen diskutieren. Das ist auch eine Erwartungshaltung unserer osteuropäischen Partner.

Das 21. Jahrhundert ist zu einem Fünftel schon vorbei, vieles ist politisch liegengelassen, was gerade Ihre Zukunft als Unter-Dreißigjährige betrifft. Waren Angela Merkel und ihre 17 Regierungsjahre gut für die deutsche Gesellschaft oder schlecht?

MS: Ich finde, dass sie eine starke Frau ist, vor der ich große Achtung habe. Gerade für uns junge Frauen hat sie eine wichtige Vorbildrolle. Die Aufgaben, die sie hatte, waren keine einfachen, und sie hat es aber immer wieder geschafft, ihre Haltung klar darzulegen, auch wenn ihre Partei nicht immer auf ihrer Seite war. Auf der anderen Seite hätte ich mir gewünscht, dass sie klarer und entschlossener gewesen wäre, zum Beispiel, wenn

es um die Gleichberechtigung der Geschlechter ging, wenn es um die Bekämpfung des Klimawandels ging. Die Folgen dessen bekommen wir jetzt zu spüren. Nichtsdestotrotz können wir froh sein, dass wir sie als eine Kanzlerin hatten, die ihre Bodenständigkeit nicht verloren hat.

Summa summarum war Merkel eine sozialdemokratische Kanzlerin in einer sozialdemokratischen Zeit. Oder, Frau Kassautzki?

AK: Sie hat in vielen Punkten nicht so ganz zu ihrer Partei gepasst, sie war eine ganze Ecke sozialer als die Union, aber sie war sicher keine sozialdemokratische Kanzlerin.

Was denn sonst?

AK: Ich fand das bezeichnend, dass sie mal in Harvard einen Ehrendokortitel bekommen hat für so Sachen wie die Einführung des Mindestlohns, die Ehe für alle und weitere Projekte, die alle aus unserer Partei kamen und die die SPD-Fraktion gegen die Unionsfraktion hatte durchboxen müssen.

Herr Teutrine, was sagen Sie als Einziger aus einer nicht sozialdemokratisch geprägten Partei?

JT: Angela Merkel war bekanntlich kein Mitglied der SPD, aber sicherlich eine machtbewusste Kanzlerin, die wusste, dass man Modernisierungstendenzen in der Gesellschaft politisch aufgreifen muss oder zumindest angesichts der Mehrheiten nicht mehr drum herumkommt. Das hat sie gemacht, aber immer auf den letzten Drücker, auch um parteiinterne Diskurse aus dem Weg zu räumen. Bei aller Anerkennung wünsche ich mir gerade als junger Abgeordneter, dass wir uns wieder mehr politischen Diskurs zutrauen.

Die Annahme ist, dass Merkel ja auch deshalb so war, wie sie war, weil sie der Gesellschaft nicht viel zugetraut hat – und damit richtig lag. Mit genau dieser Herangehensweise ist Scholz Kanzler geworden: Kein Stress, Leute, geht alles schön weiter. Nicht die Klimakrise, sondern der Krieg in der Ukraine hat das endgültig ad absurdum geführt. Es wird härter, und wir selbst müssen mehr geben und mehr aushalten. Oder widersprechen Sie?

AK: Da möchte ich klar widersprechen – zumindest dem Part mit Olafs Herangehensweise. Wir werden die Krisen der Gegenwart und der Zukunft nicht lösen, indem wir uns zurücklehnen, und dass wir als Gesellschaft mehr geben müssen, erleben wir aktuell schon. Die Koalition hat deswegen zwei Unterstützungspakete auf den Weg gebracht, um die größten Spitzen einzufangen. Wir müssen uns nichts vormachen: Am härtesten trifft es gerade die Menschen, die auf dem Land leben, die weite Pendelstrecken zur Arbeit, kein ÖPNV in der Nähe und geringes Einkommen haben – die können nicht mal die Pendlerpauschale vorstrecken und haben keine Alternative zum PKW. Die Härten dieser Krisen federn wir unter anderen durch faire Löhne und sozialen Ausgleich ab – deswegen gibt's den Mindestlohn von 12 Euro auch bereits ab Oktober. Olaf Scholz hat die Wahl also nicht gewonnen, weil er gesagt hat: Ich mache alles so weiter, wie es jetzt schon ist.

Sondern?

Er hat gewonnen mit dem Anspruch, den überfälligen Fortschritt umzusetzen, den wir im Programm schon hatten, der aber in der vorherigen Koalition schlicht und ergreifend nicht möglich war. Ich war selbst an den Koalitionsverhandlungen im Bund nicht beteiligt, aber nach dem, was ich erfahren habe, waren alle ziemlich begeistert davon, dass man einen Koalitionsvertrag gemacht hat mit Projekten, die man mit den Koalitionspartnern

durchsetzen möchte und nicht trotz der Koalitionspartner. Das ist ein zentraler Unterschied.

Wie wirken sich die vielen jungen Abgeordneten in den Fraktionen aus?

AK: Ich war vor der Wahl noch nicht in der Fraktion, aber nach den Beschreibungen, die ich bekomme, merkt man durchaus, dass viele junge Neue dabei sind, die sagen: Hey, wir wollen mitmachen, wir sind nicht nur hier, um Sachen abzunicken, wir wollen auch mitentscheiden.

MS: Es ist für mich eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, jetzt diese Transformation mitgestalten zu können, weil ich ganz genau weiß: Wenn es in die Hose geht, dann sind mit einem Schlag, beispielsweise in Mannheim, mehrere tausend Arbeitsplätze weg. Und dieses verantwortungsbewusste und auch konkrete Handeln erfordert aber, dass wir die Menschen mitnehmen. Allein dieser Begriff Transformation schreckt viele ab. Deshalb müssen wir auch an unserer Sprache arbeiten, Politik nahbarer gestalten und die Leute an den Gewinnen dieser Transformation beteiligen. Und das ist die große Frage: Wie nehme ich die Benz-Arbeiter am Band, zu denen auch mein Vater gehört, mit bei dieser Transformation? Wie nehme ich aber auch die Gründerinnen und Gründer mit, die Innovationen vorantreiben? Das ist unsere Aufgabe, und das ist, finde ich, im Koalitionsvertrag als Kompass sehr gut beschrieben. Wie wir das umsetzen, daran werden uns die Leute auch messen.

Sie sagen völlig zu Recht, dass Politik anders werden und sprechen muss, gleichzeitig gebrauchen Sie, Frau Sekmen, die patriarchale Politikerfloskel vom „Menschen mitnehmen“. Ich möchte nicht mitgenommen, sondern ernst genommen werden.

MS: Es geht darum, „diese Floskel“ – wie Sie es beschreiben –, also das „Mitnehmen“ konkret umzusetzen. Ich habe acht Jahre lang Kommunalpolitik gemacht. Ich weiß, wie aus Ideen konkrete Politik wird, das heißt auch Politik auf der Straße. Da lernt man unterschiedlichste Lebensrealitäten kennen und lernt auch, eine Sprache anzuwenden, die verständlich ist und nicht nur aus Parteisprech besteht. Ich kann jemanden nur ernst nehmen, wenn ich die Person verstehe und mich von ihr wertgeschätzt fühle. Hier in Baden-Württemberg haben wir mit Winfried Kretschmann die Politik des Gehörtwerdens etabliert. Ich habe auch in Mannheim Bürgerbeteiligung entwickelt. Die Kunst wird jetzt darin liegen, bundespolitische Entscheidungen auch in den Lebensalltag der Menschen zu übersetzen und richtig zu kommunizieren.

Herr Teutrine, wenn man sich das Wahlverhalten der Leute unter 30 anschaut, dann sind hier die Ex-Volksparteien schon

marginalisiert und der neue Wettbewerb spielt sich zwischen Grünen und FDP ab. Was passiert da?

JT: Der Bundestagswahlkampf hat das Verhältnis von FDP und Grünen zu den ehemaligen Volksparteien neu justiert. In dem neuen, ausdifferenzierten Parteiensystem sind die einen jetzt kleinere Mittelgroße, die anderen größere Mittelgroße. Das Neue ist aber auch, dass innerhalb kürzester Zeit nach unten und oben viel möglich ist, wie wir bei den Grünen und bei Olaf Scholz gesehen haben, der ja bei seiner Nominierung noch ausgelacht wurde. Diese Volatilität der Wählergruppe betrifft vor allem auch Jung- und Erstwähler, die nicht mehr feste Bindungen zu Parteien haben. Und da frage ich mich jetzt als junger Abgeordneter und ehemaliger Vorsitzender unserer Jugendorganisation: Wie können wir den großen Zuspruch jetzt verfestigen, den wir bei Jung- und Erstwählern erlebt haben? Wie können wir diese jungen Menschen zu Stammwählern machen?

Die letzten 50 Jahre waren aus meiner Sicht das Zeitalter des fossilen Sozialdemokratismus, darunter verstehe ich im Grunde die Regierungspolitik aller liberaldemokratischen Parteien und Koalitionen. Das Zeitalter ist vorbei. Was haben Sie Neues anzubieten?

JT: Rechnen Sie die FDP auch zu Ihrem Sozialdemokratismus?

Die FDP war in den letzten Jahren die einzige Partei, die eine Alternative zum Sozialdemokratismus anzubieten schien. Das wurde in den linksliberalen und grünen Milieus als Asozialdemokratie interpretiert. Wenn nun aber die FDP bei den Jungen mit den Grünen um die Führung konkurriert, dann werden die ja von etwas angezogen. Was ist das?

AK: Zunächst möchte ich das Ende der Sozialdemokratie dementieren. **Notiert.**

AK: Wir sollten nicht mehr über bestimmte Lager oder Stereotypen sprechen, sondern darüber, welche Perspektiven wir brauchen. Wir brauchen eine liberale Perspektive, eine ökologische, eine sozialdemokratische. Die Zukunft der Politik besteht darin, das zusammenzubekommen. Diesen Anspruch hat die neue Generation ausgedrückt mit ihrem Wahlverhalten, und das kriegt die Ampel bisher ganz gut eingelöst.

JT: Ich widerspreche erst mal der Analyse zu meiner Partei: Natürlich haben wir auch ein soziales Profil. Warum die Grünen und die FDP besonders gut bei Jüngeren abgeschnitten haben, liegt unter anderem auch an der Wahlkampfführung. Olaf Scholz und die SPD haben konkrete Themen aus dem Profil der sozialen Gerechtigkeit aufs Wahlplakat geschrieben: Mindestlohnerhöhung und stabile Rente. Die Grünen haben ihre tiefsten

« Wir brauchen eine liberale Perspektive, eine ökologische, eine sozialdemokratische. Die Zukunft der Politik besteht darin, das zusammenzubekommen. »

Grundüberzeugungen aufs Plakat geschrieben, wenn es um Klima oder um Kinderarmut ging. Und wir haben auch unseren Grundwert Freiheit auf das Plakat geschrieben, dazu Innovationsfreude, das meint unser marktwirtschaftliches Profil. Und wir haben große Reformwünsche formuliert, etwa die kapitalgedeckte Aktienrente.

Worauf wollen Sie hinaus, Herr Teutrine?

JT: Beide Strategien waren erfolgreich, aber die der SPD mit dem „Sicherheit im Wandel“-Versprechen bei einer tendenziell älteren Bevölkerung. Aber es gibt eben auch ein Milieu von Jungen, die sich auf Veränderung freuen und sehr positiv darauf blicken. Die machen sich weniger Sorgen um die eigene Transformation und mehr um das große Ganze, die denken besonders langfristig und in großen gesellschaftlichen Linien, das kann man in der Shell-Jugendstudie nachlesen. Bei FDP und Grünen ging es mehr um die Grundsatzfragen der Politik als um kleinteilige Wahlversprechen. Das ist meine Analyse, warum die Jung- und Erstwähler besonders auf Grüne und FDP abgefahren sind, um jetzt kein Politikersprech mehr zu verwenden. Das könnte zum Aussterben der Sozialdemokratie führen, wenn man nicht bereit ist, auch im Großen zu denken.

AK: Ich glaube nicht, dass die Zeit der Sozialdemokratie zu Ende ist.

Das hätte mich jetzt auch gewundert.

AK: Das versucht man schon ziemlich lange herbeizureden. Ja, wir hatten ein Tief zwischendurch und ich glaube, dass viele Leute enttäuscht waren, dass die SPD wieder in die Große Koalition gegangen ist. Ich habe damals auch dagegen gestimmt. Aber es war eben so, dass jemand anders meinte, lieber nicht regieren zu wollen. Und da hat die SPD dann gesagt: Es geht nicht nur um Befindlichkeiten unserer Partei, es geht darum, in so einer Zeit auch Stabilität hineinzubringen. Ich bin aber froh, dass wir nicht mehr in einer großen Koalition sind. Und ich bin auch sehr froh, dass wir jetzt in der Ampelkoalition sind. Ich habe schon gesagt: Wir wollen viel voranbringen. Was den Menschen teilweise auch fehlt und vor allem bei uns im Osten: Wir brauchen ein neues Klassenbewusstsein im Osten.

Was meinen Sie mit „Klassenbewusstsein“?

Das ist eine Frage des Respekts. Der größte Teil meines Wahlkreises ist der Landkreis Vorpommern-Rügen. Dort sind ungefähr 40 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen im Niedriglohnsektor beschäftigt – das machen sie ja nicht, weil sie gerne schlecht bezahlt werden, sondern weil sie keine Alternativen haben. Die Menschen müssen wieder lernen, für sich und ihre Interessen einzutreten. Viele Unternehmen sind lange mit einer Friss-oder-stirb-Mentalität an den Osten rangegangen: Entweder die Leute akzeptieren Löhne und Arbeitsbedingungen oder sie fliegen raus. So kann und darf das aber nicht laufen. Wir haben konkrete Sachen auf unsere Wahlplakate geschrieben wie den Mindestlohn. Weil die Leute wissen wollen: Was bringt das für uns? Sie glauben gar nicht, wie vielen Menschen allein in Mecklenburg-Vorpommern diese 12 Euro Mindestlohn massiv helfen werden. Nichtsdestotrotz wurde ich im Wahlkampf sehr wohl auf Hartz IV angesprochen und auf Dinge, die die SPD in den vergangenen Jahren aus deren Perspektive und teilweise auch aus meiner falsch gemacht hat. Wir haben im Osten ziemlich viele von diesen Direktmandaten geholt und Mecklenburg-Vorpommern und auch Brandenburg komplett. Das waren in Mecklenburg-Vorpommern vorher immer CDU-Direktmandate. Das heißt: Die Leute wollten eine Veränderung hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, die sowohl den Wandel im Bereich der Digitalisierung als auch die sozialökologische Transformation integriert. Das geht ja nicht an den Leuten vorbei, wenn die Heringe in der Ostsee sterben und man abgehängt ist, weil man nicht ins Internet kommt. Da muss die

öffentliche Hand mit öffentlichen Geldern einsteigen, und das ist eine der ganz wichtigen Aufgaben der Sozialdemokratie.

JT: Die Jusos, die jetzt im Deutschen Bundestag sind, die können sich alle bei Olaf Scholz bedanken für seine seriöse Regierungsarbeit und für seinen Mitte-Kurs.

AK: Das ist jetzt ironisch – oder?

JT: Nein, viele Jusos sind jetzt im Bundestag, weil Scholz eben nicht den Kühnert-Kurs gefahren hat, weil er nicht über Enteignungen gesprochen hat, nicht viel über eine Vermögenssteuer und ganz wenig über Rot-rot-Grün und linke Mehrheiten: Sein strategisches Ziel war eine Ampel. Der Wahlsieg der SPD wurde erzielt, indem Olaf Scholz den Politikstil von Angela Merkel verkörpert hat und mit dieser Strategie im direkten Vergleich zu Armin Laschet und der CDU punkten konnte.

Worüber Sie alle gar nicht reden: dass Scholz auch gewonnen hat, weil Merkel-Mitte-Wähler nicht die Grüne Annalena Baerbock wählen wollten. Ist das ein Tabu?

JT: Da sind sicher in der Wahlkampfführung Patzer entstanden, die handwerklich vielleicht nicht sinnvoll waren und zum Vorwurf fehlender Kompetenz geführt haben. Ich glaube, dass sie den einen oder anderen Kritiker, den sie im Wahlkampf hatte, mittlerweile mit ihrer Performance als Außenministerin vom Gegenteil überzeugt.

MS: Dazu vielleicht noch: Gegen die Grünen wurde im Wahlkampf eine massive Kampagne gefahren, ich habe als junge Frau meinen Teil abbekommen. Das kenne ich aus anderen Wahlkämpfen so nicht. Bei Annalena Baerbock war das nochmal ein ganz anderes Level. Das war richtig heftig, und man hat gemerkt, dass eine Strategie dahintersteckte, die Grünen als Feindbild hochzuziehen.

Frau Sekmen, ist es ironisch, dass die Grünen jetzt eine Law-and-Order-Partei sein müssen, um den politischen Rahmen so hinzubekommen, dass er den Markt mit Regulierung, Verboten, Innovation und Investition in eine sozialökologische Richtung schiebt?

JT: Warum ironisch? Natürlich sind die Grünen eine Law-and-Order-Partei.

MS: Das sehe ich nicht so. Ein guter Klimaschutz braucht den richtigen Ordnungsrahmen in Kombination mit wirkungsvollen Anreizen. Der CO₂-Preis zum Beispiel ist ein Marktinstrument – natürlich mit Lenkungswirkung, aber das ist bei anderen Sachen auch so. Leider haben wir dafür ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gebraucht, das uns jetzt zum Schutz unserer Freiheit zum ökologischen Handeln verpflichtet. Und das machen wir. Also genug gebabbelt, jetzt wird weiter g'schafft, würden wir in Mannheim sagen.

Melis Sekmen, seit 2021 MdB Die Grünen, Jahrgang 1993, zuvor Fraktionsvorsitzende im Mannheimer Gemeinderat. Kommt aus dem Mannheimer Arbeiterstadtteil Waldhof.

Anna Kassautzki, seit 2021 MdB SPD, Jahrgang 1993, zuvor Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten. Aufgewachsen bei Alsfeld in Hessen. Direkt gewählt im Wahlkreis Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald.

Jens Teutrine, seit 2021 MdB FDP, Jahrgang 1993, kommt aus Bielefeld, zuvor Juli-Vorsitzender. Sohn einer alleinerziehenden Putzfrau.

Peter Unfried ist Chefreporter der taz und Chefredakteur von taz FUTURZWEI, Magazin für Zukunft und Politik. Er kommt aus Baden-Württemberg und steht dazu.

16



Ein Stück von mir

In Care-Berufen ist die Übernahme von Verantwortung eine Selbstverständlichkeit. Sechs Frauen erzählen, was das für sie bedeutet. Und warum im Alltag immer noch mehr möglich ist.

Text: Christina Focken Fotografie: Lena Giovanazzi

Ute Spiegel

Jahrgang 1968, ist Krankenschwester in den DRK Kliniken Berlin Westend. Seit April 2020 arbeitet sie auf der Intensivstation.

Ihre Verantwortung als Krankenschwester ist für Ute Spiegel allgegenwärtig. Vor allem aber, wenn mal etwas schiefgeht: „Wenn man einen Fehler in seiner Arbeit bemerkt oder beinahe einen Fehler macht, dann wird einem bewusst, wie viel Verantwortung man trägt. Es kommt ja auch sehr viel Routine in diesem Beruf, wenn man Sachen schon hundertmal gemacht hat. Wenn man da nicht aufpasst und seine Gedanken nicht beisammen hat, trotz all dem Stress, kann das böse enden.“ Am Anfang der Pandemie war Ute Spiegel, wie alle anderen Menschen, verunsichert. Gerade deshalb entschied sie sich, auf die Intensivstation zu wechseln, die zu diesem Zeitpunkt dringend Personal benötigte: „Auch um selber einschätzen zu können, wie dieses Krankheitsbild aussieht. Wie kann man sich selbst schützen? Mich hat das wahnsinnig interessiert, Input zu haben, auf den man sich verlassen kann, und nicht irgendwelchen Meldungen ausgesetzt zu sein, die man nicht nachvollziehen kann.“



Anja Ley

Jahrgang 1983, ist seit 2019
Einrichtungsleitung der Pro
Seniore Residenz Am See
in Joachimsthal, Brandenburg.

Nach ihrer Ausbildung zur Krankenpflegerin hat Anja Ley schnell gemerkt, dass sie etwas anderes machen möchte: „In der Altenpflege habe ich für mich einen höheren Anspruch gesehen. In der Klinik arbeitet man immer mit einem Arzt oder einem Intensivteam zusammen. Das hat man in der Altenhilfe ja nicht, man ist wesentlich selbstständiger und hat auch mehr Verantwortung.“ Während der Pandemie alle sozialen Kontakte zu meiden, war für sie anfangs zwar schwierig, aber selbstverständlich. „Ich will niemals das Gefühl haben, dafür verantwortlich zu sein, dass sich jemand anderes ansteckt und einen schlimmen Verlauf hat.“ Die Zeit des Lockdowns hatte für Anja Ley auch positive Seiten: „Man hat viel mehr Zeit investiert, aber auch genossen. Denn so viel Dankbarkeit wie von den Menschen in den Pflegeheimen bekommt man sonst nicht.“



Mai Thy Phan-Nguyen

Jahrgang 1976, ist Ärztin in der Praxis Wünsche für innere Medizin und Infektiologie in Berlin-Charlottenburg, welche auch eine hausärztliche Versorgung anbietet. Sie wurde in Vietnam geboren und kam mit drei Jahren nach Deutschland.

„Mit Beginn der Pandemie wurde mir meine Verantwortung als Ärztin noch mal viel deutlicher bewusst“, sagt Mai Thy Phan-Nguyen. Als eine der wenigen vietnamesischsprachigen Ärztinnen in Berlin erlebte sie einen Ansturm an Patient*innen. Über eine Stunde fuhren viele Menschen aus dem Bezirk Lichtenberg, wo ein großer Teil der vietnamesischen Community lebt, in die Praxis Wünsche am Kurfürstendamm. Schnell wurde klar, dass sie stattdessen vor Ort tätig werden muss. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Lichtenberg führte die Praxis mit Mai Thy Phan-Nguyen Tests und später auch Impfungen für vietnamesischstämmige Menschen durch. Die Situation in Lichtenberg zeigte aber auch einmal mehr, wie sehr die Pandemie ein Schlaglicht auf die tatsächlichen Verhältnisse im Gesundheitswesen wirft: „Es war doch erstaunlich, wie schlecht die Menschen teilweise medizinisch versorgt sind. Wir haben festgestellt, dass einige hier seit 30 Jahren leben und noch nie beim Arzt waren.“ Das Team vom Kurfürstendamm will demächst eine Praxis in Lichtenberg eröffnen.



Dr. Dipl.-Psych. Lea Gutz

Jahrgang 1982, ist Psychotherapeutin für kognitive Verhaltenstherapie. Sie ist Mitglied der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung und sitzt im Vorstand der Psychotherapeutenkammer Berlin.

„Ich fühle mich bei jedem Patienten, jeder Patientin, von Therapiebeginn an dafür verantwortlich, das Beste von mir aus dafür zu tun, dass ihm oder ihr geholfen wird“, sagt Dr. Lea Gutz. Dazu gehört für sie auch, für sich selbst zu sorgen. „Man muss lernen, dass nach der Arbeit Feierabend ist. Wenn ich abends noch fünf Stunden darüber nachdenke, ist keinem geholfen. Dann bin ich am nächsten Tag nicht

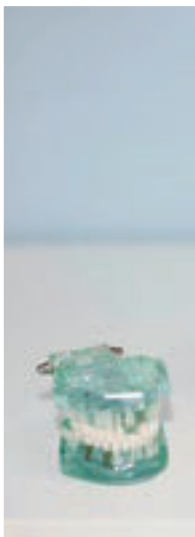
ausreichend fit für die Therapien. Die Verantwortung in dem Beruf besteht auch darin, auf sich selbst zu achten.“ Bedingt durch die Pandemie ist der Bedarf an psychologischer Unterstützung gestiegen. Auch Dr. Gutz erhält unzählige Anfragen von Menschen, die keinen Therapieplatz finden. Das ist für sie sehr frustrierend. „Auch gesamtwirtschaftlich ist es sinnvoll, Psychotherapie frühzeitig zur Verfügung zu stellen. Psychische Störungen sind der häufigste Grund für Frühberentung und der zweithäufigste für Arbeitsunfähigkeitstage. Wenn die Patient*innen nicht rechtzeitig eine Behandlung bekommen, dann ist die Chronifizierungsgefahr viel höher. Da tragen wir auch als Gesamtgesellschaft eine Verantwortung, insbesondere die Politik und die Versicherungsträger.“



Dena Rostamzadeh

Jahrgang 1981, ist Apothekerin.
Seit 2018 ist sie Inhaberin
der Marien-Apotheke
in Berlin-Lankwitz.

„Wir haben hauptsächlich Stammkunden, das sind vor allem ältere Menschen. Verantwortung bedeutet für mich, für diese Menschen da zu sein. Nicht nur, weil ich etwas verkaufen möchte, sondern weil ich eine Bezugsperson für diese Menschen bin“, sagt Dena Rostamzadeh. Das galt besonders am Anfang der Coronapandemie: „Wir hatten viele Menschen hier, die gar nichts aus der Apotheke haben wollten. Die sind nur zu uns gekommen, um nach unserer Meinung zu fragen.“ Eine neue Aufgabe für die Apotheke besteht seit einiger Zeit auch darin, Impfzertifikate auszustellen. „Die große Verantwortung dabei ist zu prüfen, ob diese Person tatsächlich geimpft wurde oder nicht.“ Um das festzustellen, recherchiert Dena Rostamzadeh auch mal im Internet nach oder telefoniert von Praxis zu Praxis. „Für mich war es wichtig, die Kunden, bei denen ein Verdacht auf Fälschung bestand, nicht einfach wegzuschicken. Ich habe meinen Mitarbeitern gesagt, wir müssen die rausfischen, wir müssen das melden. Einmal habe ich auch die Polizei gerufen.“



Vanessa Neroch

Jahrgang 1982, ist Zahnärztin. Seit 2018 betreibt sie die Zahnarztpraxis mit Herz in Berlin-Moabit.

Verantwortung bedeutet für Zahnärztin Vanessa Neroch nicht nur die Mundgesundheit ihrer Patient*innen zu verbessern, sondern auch in der Praxis möglichst wenig Müll zu produzieren: „Was bei uns sehr schwierig ist, denn wir bekommen immer höhere Hygieneanforderungen und sollen möglichst auf Einwegartikel setzen. Aber wir versuchen mit ganz kleinen Schritten, im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Ressourcen zu setzen, die weniger umweltbelastend sind.“ So stellt Vanessa Neroch etwa

Bambuszahnbürsten für ihre Patient*innen bereit und nutzt Utensilien aus Glas, die wiederverwendet werden können. Besonders intensiv widmet sie sich Angstpatient*innen und Kindern. Durch die Pandemie wurde ihre Arbeit jedoch erschwert. „Vor der Pandemie habe ich alle Gespräche ohne Mundschutz geführt, weil Sie so eine ganz andere Verbindung zum Patienten aufbauen können. Der sieht Sie lächeln. Der sieht Sie als Mensch. Mit dem FFP2-Mundschutz, der alles verdeckt, ist es gerade bei Kindern und Angstpatienten ganz schwierig, eine Verbindung aufzubauen.“ Inzwischen kann Vanessa Neroch zumindest Erstgespräche mit Angstpatient*innen wieder ohne Maske führen, dafür mit Abstand und offener Balkontür.



Christina Focken studiert Global Studies in Berlin. Ihren Bachelor absolvierte sie in Regionalstudien Asien/Afrika und Gender Studies. Journalistisch und akademisch beschäftigt sie sich unter anderem mit den Themen Feminismus und Geschlecht.

Lena Giovanazzi lebt als Fotografin in Berlin und Freiburg. Sie arbeitet für nationale (u.a. *Zeit* und *Süddeutsche*) und internationale Publikationen.

Essay: Julia Friedrichs

Kein Mitleid für Erben

Haben Sie gewusst, dass Deutschlands Erb*innen weniger zur Staatsfinanzierung beitragen als Raucher*innen? Die Autorin Julia Friedrichs erklärt, warum der Satz „Erben bedeutet Verantwortung“ zwar individuell stimmen mag, gesellschaftlich aber nicht von Bedeutung sein sollte.

„Erben bedeutet Verantwortung.“ Seit fast zehn Jahren recherchiere ich zum Thema Erben – und kaum ein Satz fiel in all den Gesprächen häufiger. Vermögensberater werben mit ihm. Erbanwältinnen. Steuerberater. Und auch die Erben großer und mittlerer Vermögen sagen ihn immer wieder.

Wenn man zuhört, aus persönlich sehr nachvollziehbaren Gründen. Viele Erb*innen fühlen eine Verpflichtung, zu erhalten, was Eltern und Großeltern aufgebaut haben. Sie erzählen von Unternehmen, die wie Familienmitglieder mit am Esstisch saßen. Von dem Aufwand, alte Immobilien zu pflegen. Vor allem aber von der Last der Verantwortung, aus den guten Startchancen auch etwas zu machen: „Man will ja seinen Eltern etwas zurückzahlen“, sagen sie. Oder: „Meine Eltern sind so erfolgreich, da will ich keine Enttäuschung sein.“ Oder auch: „Das gibt mir den Druck, zu performen. Das Erbe gibt dir mehr Chancen. Du musst aber diese Chancen nutzen, um etwas zurückzugeben.“

Es ist die Angst, ein Nachfolger Hannos aus Thomas Manns Familienroman „Buddenbrooks“ werden zu können. Dessen Geburt wurde gefeiert mit dem Ausruf: „Ein Erbe! Ein Stammhalter! Ein Buddenbrook!“ Dann aber wächst er in den Augen seines Vaters zu einer einzigen Enttäuschung heran. Hanno ist kein Kaufmann. Er ist ein schwächliches, ein scheues, ein verträumtes Kind. Am Klavier flieht er vor der Last seines Erbes. Und seinem Freund gesteht er: „Ich kann nichts werden. Ich fürchte mich vor dem Ganzen.“ Mit ihm vergeht die stolze Unternehmerdynastie. Ganz wie im Sprichwort: „Der Vater erstellt es. Der Sohn erhält. Am Enkel zerschellt es.“

Die Figur des Erben, der der Verantwortung nicht gerecht wird, hat es in vielen Sprachen zur Redewendung gebracht: „Dalle stalle alle stelle alle stalle“. Aus dem Stall hoch in die Sterne und zurück in den Stall, sagt man in Italien. Bei den Chinesen sind es die Reisfelder, auf denen man wieder landet. In den USA sitzt der versagende Erbe wieder im selben kurzärmeligen Hemd da, das seine Vorfahren loszuwerden versuchten.

Erben bedeutet also tatsächlich Verantwortung, keine Frage. Die Verantwortung, nicht diejenige zu sein, an der die Familienkette zerreißt. Verantwortung, aus den exzellenten Möglichkeiten viel zu machen. Verantwortung, das Geld nicht nur zu haben, sondern zu verdienen, wie die Jacobs-Dynastie ihren Anspruch formuliert. Das alles ist meines Erachtens aus individueller Perspektive nachvollziehbar und verständlich.

Gleichzeitig aber spürt wer sich mit Erben und Erbschaften beschäftigt auch, wie der Satz „Erben bedeutet Verantwortung“ auf gesellschaftlicher Ebene benutzt wird, um sich genau dieser an zentraler Stelle zu entziehen.

Deutschland ist, was Vermögen angeht, ein sehr ungleiches Land. Der Unterschied zwischen den sehr Reichen und dem Rest der Bevölkerung ist hier größer als in den meisten anderen Industrieländern. Die Hälfte der Menschen hat kaum Vermögen, erbt und vererbt so gut wie nichts. Das reichste Prozent der Bevölkerung aber besitzt inzwischen gut ein Drittel – und ein Großteil davon ist nicht selbst erarbeitet, sondern wird vererbt: geschätzte 300 Milliarden Euro sind es pro Jahr, rund 500 000 Euro pro Minute. „Dalle stalle alle stelle alle stalle?“ Keine Sorge, möchte man den Erben großer Vermögen zurufen. Die Chance, auf ewig in den Sternen zu bleiben, ist trotz aller Buddenbrook-Paranoia größer, als wieder im Stall zu landen. Und auch, das ist wichtig, leider wesentlich größer, als es aus eigener Kraft vom Stallboden nicht gleich in die Sterne, aber zumindest bis aufs Dach zu schaffen. Die Aufstiegsmobilität, also die Wahrscheinlichkeit, dass jemand, der in einer armen Familie zur Welt kam, durch eigene Arbeit zu Wohlstand kommt, ist in Deutschland niedrig und in den letzten Jahrzehnten gesunken. Der Bildungserfolg ist eng an die Herkunft gekoppelt. Sprich: Was man vom Leben erhoffen und erwarten darf, hängt hierzulande sehr eng damit zusammen, was die Eltern und Großeltern gemacht haben.

Aber zurück zu den Sternen und der Verantwortung, die mit einem Platz dort oben einhergeht. Wer mit seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit Geld verdient, der weiß, dass er auch dadurch zur Verantwortung gezogen wird, dass er einen Teil davon in die demokratisch kontrollierte Gemeinschaftskasse zahlt, den Etat von Städten, Ländern und dem Bund. Und er weiß auch, dass der Grundsatz gilt, dass im Großen und Ganzen starke Schultern mehr tragen, dass der Satz mit steigendem Einkommen also ebenfalls steigt, auf maximal 45 Prozent.

Für Erben gilt das nicht. Von den geschätzten 300 Milliarden Euro, die im Jahr vererbt werden, landet nur sehr wenig beim Staat. 8,5 Milliarden Euro Erbschafts- und Schenkungssteuer waren es zuletzt. Das entspricht einer Steuerquote von rechnerisch knapp drei Prozent. Zum Vergleich: Die Tabaksteuer brachte im selben Jahr 14,7 Milliarden. Deutschlands Erb*innen tragen damit weniger zur Staatsfinanzierung bei als die Raucher*innen. Wer sich anschaut, wie sich die Steuer auf alle Erben verteilt, erkennt ein ungewöhnliches Muster: Es ist keine aufsteigende Linie, das Symbol der starken Schultern, die größere Lasten tragen. Die Erbschaftssteuer lässt sich am ehesten mit einem umgekehrten U darstellen. Kleine und mittlere Erbschaften sind durch die hohen Freibeträge steuerfrei, dann steigt der Satz an, um bei den großen Vermögen aber wieder zu sinken. Und so zahlt, wer 300 000 Euro erbt, im Schnitt mehr als jemand, der 30 Millionen bekommt. Wer drei Wohnungen erbt, mehr als jemand, der 300 erhält.

Wie das begründet wird? Genau: Mit der großen Verantwortung, die Erben großer Vermögen, die fast immer in irgendeiner Form in Unternehmen stecken (entweder real oder auf dem Papier), tragen. Der Staat erlässt ihnen die Steuer bis zur Höhe von 26 Millionen Euro ganz. Auch für höhere Summen gibt es die Möglichkeit der Verschonung. All das, obwohl das Verfassungsgericht den Gesetzgeber in Verfahren gemahnt hat, die „Überprivilegierung“ vermögender Unternehmenserben zu beenden, obwohl Erb*innen ohnehin schon einen Vorsprung beispielsweise vor Gründern haben, die ihre unternehmerischen Ideen per Kredit finanzieren müssen. Obwohl Deutschland Arbeit vergleichsweise hoch, Vermögen und Erbschaften aber ausgesprochen niedrig besteuert. Die Lobbyorganisationen vermögender Erben haben in diesem Punkt erfolgreiche Arbeit geleistet. Und die Politik hat ihnen, egal in welcher Koalition, wenig entgegengesetzt.

Dass all die, die nichts erben, den Staat aber durch Abgaben und Steuern auf ihre Arbeit finanzieren, das so hinnehmen, mag auch daran liegen, dass Erben so oft und erfolgreich darauf hingewiesen haben, wie schwer sie ohnehin schon an der Verantwortung des Erbes tragen. Als würden sie bei jeder weiteren Last zusammenbrechen.

Eine Haltung, die zum Beispiel in den seltenen Interviews der beiden BMW-Erben Susanne Klatten und Stefan Quandt deutlich wird. Sie sprechen über ihre Investments, die Mühen, ihr Geld zu mehren, die Verantwortung für Unternehmen und über Neid und sagen schließlich den Satz: „Wer würde denn mit uns tauschen wollen?“ Spätestens hier kippt die Erzählung von der großen Last des Erbes ins Zynische. Denn viele würden angesichts des Wohlstandsniveaus der BMW-Erben sicher den Finger heben.

Ja, Erben geht mit Verantwortung einher. Nichterben aber auch. Zum Beispiel mit der Verantwortung, allein aus Arbeit eine Familie ernähren zu müssen. Mit der Verantwortung, nicht bitter zu werden, wenn der Wunsch nach Eigentum unerreichbar bleibt, die Miete aber ständig steigt. Mit der Verantwortung, neben dem bezahlten Job noch einen unbezahlten daheim erledigen zu müssen, Hausaufgaben zu überwachen, Wäsche zu waschen, Essen zu kochen. Für eine Steuerbefreiung genügt all das nicht.

Was also tun mit dem Satz „Erben bedeutet Verantwortung“? Vielleicht wäre es eine gute Idee, ihn individuell ernst zu nehmen, gesellschaftlich aber nicht zu machtvoll werden zu lassen. Unter Erb*innen gibt es zahlreiche, die mit ihrem Geld Gutes tun. Gute Arbeit schaffen, gute Projekte fördern, in Stiftungen wichtige Anstöße geben. Unter Erben gibt es aber auch solche, die Geld verprassen, die die Macht, die mit ihm einhergeht, missbrauchen. In Stiftungen vor allem sich selbst ein Denkmal setzen. Der Mensch, egal, ob Erbe oder Nichterbe, ist ein krummes Stück Holz. Unter Erben gibt es – wie unter allen anderen eben auch – bessere und schlechtere Exemplare.

Großes Vermögen mag eine Last sein. Es ist aber auch gleichzeitig ein Netz, das hält, das schützt. Großes Vermögen mag eine Fessel sein, die an die Erwartungen der Familie bindet. Aber gleichzeitig macht es Erben frei. Frei, ins Risiko zu gehen, frei, zu scheitern, frei, wenn man möchte, Chefin zu sein statt Angestellte, Eigentümer statt Mieter.

Der Umgang mit Erbschaften ist keine moralische Frage, sondern eine politische. Welches Maß an Ungleichheit ist gut für unser Land? Wer trägt welche Lasten? Wer hat welche Chancen? Wie verteilen sich Einfluss und Macht? Inzwischen stellen auch einige Vermögende diese Fragen neu. Das internationale Netzwerk Millionaires for Humanity zum Beispiel, zu dem auch Erbin Abigail Disney gehört, bat in einem offenen Brief Regierungen um höhere Steuern für ihresgleichen. Mit der Gruppe Tax me now bitten auch deutschsprachige Erbinnen: Nehmt uns in die Verantwortung! Besteuert uns!

Die aktuelle Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP hat sich dazu nicht durchringen können.

Julia Friedrichs arbeitet als Autorin von Reportagen und Dokumentationen für den WDR und das ZDF sowie das Redaktionsteam der Bild- und Tonfabrik docupy und schreibt für die ZEIT. Sie hat mehrere Bücher verfasst, u. a. »Gestatten: Elite«, »Wir Erben«, zuletzt »Working Class« (2021).



«Die Frage ist nicht, ob Farbbeutel fliegen»

Der Grünen-Bundesvorsitzende Omid Nouripour über politische Verantwortung in Zeiten von Krieg und Klimakrise.

Interview: Peter Unfried

Herr Nouripour, erst dachte man, allein schon die Verantwortung des Regierens wird ein Realitätsschock für die Grünen, doch dann kam Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Binnen Stunden mussten Sie Politik machen, die weder der Koalitionsvertrag noch das Parteiprogramm hergeben. Was ist mit den Grünen seither passiert?

Omid Nouripour: Das ist nur teilweise richtig, denn wir sind die Partei, die sich in den letzten Jahren am klarsten gegen Putin und gegen die deutsche Energieabhängigkeit von Russland positioniert hat, ich denke da unter anderem an Nord Stream 2. Und wir haben immer gesagt, dass wir klar an der Seite der Ukraine stehen, und haben in der Bundesregierung in den Wochen vor der Eskalation alles dafür getan, sie auf diplomatischem Weg zu verhindern. Annalena Baerbock ist bis zum letzten Augenblick unermüdlich gereist, hat Gespräche geführt. Die russische Regierung hat sich statt für Diplomatie für diesen furchtbaren Angriffskrieg entschieden. Und nun unterstützen wir die Ukraine, wo es geht, mit Waffen, mit Sanktionen gegen Russland, mit Hilfsgütern und mit der Aufnahme von Geflüchteten.

Die Partei wurde dereinst für Gewaltfreiheit gegründet, aber die Welt hat sich nicht darum geschert, weshalb Joschka Fischer als Bundesaußenminister schon unmittelbar nach Beginn der ersten Regierungsbeteiligung 1999 unter dem Eindruck des Völkermords in Bosnien Krieg führte, um Leben im Kosovo zu retten. Danach haben viele die Partei verlassen. Wie ist das heute aus Ihrer Sicht?

Zur Grundlinie unserer Partei gehört es, dass der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik steht. Das heißt nicht die Nationalstaaten, nicht politische Ideen, sondern der Mensch ist unser Fokus. Das ist die Lehre aus Ruanda, Bosnien, dem Kosovo und aus all den Diskussionen, die wir innerhalb der Partei hatten, auch Afghanistan und Syrien.

Was soll denn das heißen?

Unser Sicherheitsbegriff beginnt mit der menschlichen Sicherheit. Das ist ein UN-Begriff, völkerrechtlich verankert. Wir haben mehrfach auf unseren Parteitagen mit riesiger Mehrheit Beschlüsse gefasst mit dem Bekenntnis zur Responsibility to Protect, also zur Schutzverantwortung.

Ich übersetze: Militärische Interventionen, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern.

Das ist nicht alles in der Breite wahrgenommen worden, aber wenn es eine Partei gibt, die vom Tag eins des Maidan ...

... der proeuropäischen Massendemonstrationen in der Ukraine Ende 2013 ...

... eine sehr klare Position vertreten hat, auch gegen die massive Einflussnahme und Aggression Russlands gegen die Ukraine, dann waren wir das. Wir waren immer klar in unseren Forderungen. Und wie sich jetzt zeigt, war es richtig, den Sicherheitsbegriff breit zu denken. Denn wie wir aktuell sehen, beinhaltet Sicherheit beispielsweise auch die Frage von Energiesicherheit. Wir haben klar gesagt, dass wir uns viel zu abhängig machen von russischen fossilen Energien, wir fordern seit Jahren den Ausbau der Erneuerbaren – auch weil sie uns unabhängig machen von Energieimporten. Das haben Vorgängerregierungen aber leider anders entschieden. Jetzt gilt es sehr schnell das aufzuholen, was jahrelang liegengeblieben ist.

Robert Habeck, Ihr Vorgänger als Parteivorsitzender, hat schon im Frühjahr 2021 auf dem Parteitag eine Rede gehalten, in der

er Klimapolitik als Freiheitspolitik beschrieben hat. Ich hatte damals den Eindruck, dass viele noch nicht wirklich kapierten wollten, dass es Klima- und Energiepolitik auch braucht, um die liberaldemokratische Freiheit zu verteidigen.

Dazu gibt es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil aus Karlsruhe. Und als der heutige Vizekanzler Mitte letzten Jahres laut darüber nachgedacht hat, ob man nicht Waffen liefern müsse, damit die Leute in der Ukraine Land und Leben gegen Putin verteidigen können, da gab es in der Gesellschaft auch Zustimmung, aber in der Partei viel Widerspruch.

Es stimmt: In unserem Parteiprogramm steht, dass man Waffen nicht in Kriegs- und Krisengebiete liefern sollte. Aber es gab auch eine gewisse Offenheit für Roberts Schutzgedanken. Ich selbst habe die Lieferung von Minenräumbooten für die Ukraine ins Spiel gebracht. Trotzdem: Es ging bis zum Donnerstag des Angriffs darum, dass wir die Balance halten zwischen Dialog und Härte. Und dass wir der Diplomatie keine Wege verbauen. Aber in dem Augenblick, in dem die russische Seite alle diplomatischen Kanäle versperrt und schlicht die Ukraine überfallen hat, war klar, dass wir anders reagieren müssen.

Sie schienen sich in der Partei relativ schnell verständigt zu haben. Oder wurden Sie einfach überrollt von Olaf Scholz?

Nein. Nachdem Putin die Ukraine überfallen hatte, waren wir in einer neuen Realität. Und wir haben den Anspruch, dass wir unsere Politik auch an veränderten Realitäten ausrichten. Verantwortung bedeutet, mit einem Programm die Realität gestalten zu wollen, nicht, sich damit von der Realität zu verabschieden.

Außenministerin Baerbock hat in den Tagen nach dem Angriff ständig den Satz gesagt: „Wir sind in einer anderen Realität aufgewacht.“ Das bedeutet auch, dass sie vorher offenbar tief geschlafen haben muss, was ich mir nicht vorstellen kann. Aber es entspricht wohl der Befindlichkeit von Teilen der Gesellschaft und Ihrer Partei, zumindest die Augen zugemacht zu haben, bis es einfach nicht mehr ging. Wie sehen Sie diese tragische Zeitverzögerung zwischen dem, was wir glauben wollen, und dem, was in der Welt passiert?

Richtig ist, dass wir in Deutschland Gott sei Dank Generationen von Menschen haben, die keinen Krieg erleben mussten und die Frieden für den Normalzustand gehalten haben. Die europäische Friedensordnung ist eine riesige Errungenschaft. Das ist nichts, was ich kritisieren würde, sondern so sollte es auch sein. Gleichzeitig handelt es sich bekanntermaßen nicht um den ersten Krieg seit 1945 auf dem europäischen Kontinent. Der Krieg in der Ukraine war ja seit 2014 schon ein sehr warmer. Auch schon vor der russischen Völlinvasion sind nahezu täglich Menschen ums Leben gekommen. Wir hatten 2008 den Krieg in Georgien, und wir hatten die grauenvollen Kriege auf dem Balkan in den 1990er Jahren.

Das passiert für uns fast alles im Fernsehen.

Richtig ist, dass die deutsche Öffentlichkeit jahrzehntelang die historische Einmaligkeit von Frieden erlebt hat – auf eine Art und Weise, wie es Europa zuvor nicht kannte. Das hat zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung geführt, die richtig und berechtigt ist und die auch historisch gewachsen ist. Nun ist klar, dass wir uns so schnell wie möglich dieser Realität anpassen müssen und dass wir Sicherheit, Energiesicherheit und auch die Resilienz dieser Gesellschaft verbessern. Das sind übrigens Punkte, die wir schon seit Jahren auf die Tagesordnung setzen.

«Zur Grundlinie unserer Partei gehört es, dass der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik steht. Das heißt nicht die Nationalstaaten, nicht politische Ideen, sondern der Mensch ist unser Fokus.»

Und jetzt müssen wir all das tun, was versäumt worden ist in den letzten 16 Jahren. Denken Sie an ehemalige Verteidigungsminister der CDU und CSU, die sich nun beschwerten, dass die Bundeswehr nicht richtig aufgestellt sei. Das ist atemberaubend.

Das war selbstkritisch.

Diese Selbstkritik kommt reichlich spät. Aber die Union war ja in den letzten Jahren nicht alleine zuständig für den Bereich Sicherheit. Wenn jetzt die Sozialdemokratie sagt, dass die Energieabhängigkeit Deutschlands von Russland in Europa überdurchschnittlich sei ... dann gibt es dafür ja Gründe. Und dementsprechend gehört es zur Verantwortung, dass wir jetzt nicht einfach dasitzen und nur sagen: Oh Gott, oh Gott, oh Gott.

Sondern?

Schnellstmöglich jetzt die Dinge in die Hand nehmen, weil das die Zeiten erfordern. Auch das bedeutet Verantwortung. Es gibt keine Ausreden mehr.

Rechnen Sie damit, dass beim nächsten Bundesparteitag wieder Farbbeutel fliegen wie 1999 in Bielefeld, oder ist dieser militärische Verantwortungsbegriff Konsens?

Die Frage ist nicht, ob Farbbeutel fliegen. Die Frage ist, ob wir der Verantwortung in dieser Zeit gerecht werden. Das ist der Job. Wenn ich sehe, wie die Außenministerin agiert, wenn ich sehe, wie der Energieminister versucht, mit großer Geschwindigkeit aufzuholen, was viele haben liegen lassen, nämlich die Energieversorgung zu diversifizieren und den Ausbau der Erneuerbaren zu forcieren: dann machen sie genau diesen Job.

Lassen Sie uns grundsätzlich über die Grünen sprechen. Ich habe den Eindruck, wir haben zwei grüne Entwicklungen. Da ist eine Partei, die erwachsen sein will und bereit ist, Verantwortung für die Mehrheitsgesellschaft zu übernehmen in einer Welt, die so ist, wie sie ist. Und dann gibt es eine Entwicklung, von der Grünen Jugend getragen, die Diversität und Minderheiten voranbringen will und die Mehrheitsgesellschaft so kritisch sieht wie die Gründungsgeneration. Wie gehen Sie damit um?

Ich bin erst mal nicht sicher, ob ich Sie verstehe, weil die Frage der gesellschaftlichen Vielfalt nicht im Widerspruch dazu steht, Verantwortung für die ganze Gesellschaft zu übernehmen. Die Menschen in diesem Land sind, wie sie sind. Auch hier geht es um die Anerkennung von Realität. Wir hatten als Bundesregierung vorher eine GroKo, in der bis runter auf die Staatssekretärsenebene niemand mit sogenanntem Migrationshintergrund war. Ich kann darin keine Politik für die Gesamtgesellschaft erkennen. Es geht nicht darum, die einen gegen die anderen auszuspielen, sondern um genau das Gegenteil: Wie schaffen wir ein gemeinsames Wir in einer pluralen Gesellschaft, in der alle ihren Platz haben und nicht mit Identitätsdebatten ihre Zeit verbringen müssen.

Bei einem Grünen-Parteitag denkt man manchmal, man ist in einer Parallelwelt.

Warum denken Sie das?

Weil ich zuhöre ...

Und beim politischen Aschermittwoch der CSU fühlen sie sich in der Realität? Na ja.

Es gibt ein Musterbeispiel dafür, wie Grüne erfolgreich Verantwortung übernehmen können und dann ausbauen, indem sie sich radikal zur Verantwortung bekennen. Das ist Baden-Württemberg. Da finde ich es interessant, dass der Ministerpräsident und seine Leute, die das strategisch und politisch durchexerziert haben, wie grün hegemonial wird in einer Gesellschaft, von deutlich weniger erfolgreichen Grünen zu hören bekommen: Das ist ein Sonderfall, das war nur wegen Fukushima oder weil die Schwaben so bescheuert sind.

Wer erzählt denn so etwas? Ich denke, die Entwicklung der Bundespartei in den vergangenen Jahren zeigt eine riesige Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme. Mir scheint, Sie haben da was verpasst. Und Winfried Kretschmann ist nach seiner Wahl zu Recht zweimal wiedergewählt worden.

Eben. Das müsste einen halbtelligenten Menschen doch stutzig machen, dass das eben kein Sonderfall war, sondern ein Blueprint, aber manche Grüne wissen das offenbar nicht.

Mich würde ja mal interessieren, welche Grünen Sie so kennen. **Mein Punkt ist, dass grüne Inhalte, und dazu gehört zentral Sozialökologie, führend in der Gesellschaft eines globalen Wirtschaftsgiganten sind. Es ist normal, dass die Grünen das Land regieren. 20-Jährige kennen das gar nicht mehr anders. Kretschmann kapiert nennt Ihr Vorvorgänger Reinhard Bütikofer das. Aber in Ihrer Partei, das ist mein Vorurteil, ist das Kapiert nicht breit vorangeschritten. Haben Sie persönlich Kretschmann kapiert? Und wenn ja, was folgt für Sie daraus?**

Ich finde, der Kernsatz von Kretschmann ist, Politik für alle zu machen. Und ich teile das sehr. Ich habe auch die letzten Jahre miterleben dürfen, wie Annalena Baerbock und Robert Habeck genau diesen Kurs vorangetrieben haben. Und der wird ganz breit in der Partei mitgetragen.

Ist das so?

Ja, das ist so.

Ich bin aus Kreuzberg, da scheint mir das nicht verbreitet zu sein.

Ich bin leidenschaftlicher Frankfurter, aber ich wohne in Berlin in Kreuzberg. Und auch in Kreuzberg verfolgen die Grünen einen sehr hegemonialen Ansatz. Sie sind hier Mehrheitspartei und können mit den Wahlerfolgen Baden-Württembergs mithalten. Das ist in der Partei breit verankert, auch und gerade nach der Premiere einer Kanzlerkandidatur bei der letzten Wahl. Dafür arbeiten wir hier. Und das sieht man hoffentlich auch jeden Tag. Wir haben beispielsweise beim ersten Entlastungspaket für die Energiepreise ganz massiv darauf gedrungen, dass die Maßnahmen wirklich auch alle einbeziehen, die es besonders hart getroffen hat, und nicht einfach singuläre Gruppen herausgreifen. Wenn das „Kretschmann kapiert“ ist, dann ist das nicht nur mir gelungen.

Kretschmann sagt immer, er sei nicht der Ministerpräsident der Grünen, sondern der von Baden-Württemberg. Finden nicht alle Grünen gut.

Na ja. Joschka Fischer hat mal gesagt: Ich mache keine grüne Außenpolitik, ich mache deutsche Außenpolitik, und das ist gemäß seinem Amtseid richtig. Als Regierungspartei sind wir dem Gemeinwohl verpflichtet. Auch das ist Verantwortung. Natürlich haben wir eigene Akzente. Klimaschutz und die Unabhängigkeit von Fossilien etwa. Wir sind diejenigen mit der klarsten Haltung gegenüber Russland, und zwar seit langem in einer wereteilten Außenpolitik. Und jetzt haben wir die Chance, das umzusetzen. Und das tun wir auch. Natürlich gilt am Ende des Tages der Grundsatz: Wir machen Politik nicht für den Parteitag, sondern für die Gesellschaft und für dieses Land.

Für Deutschland.

Für Deutschland.

Die Grüne Jugend steht ja nicht so auf Deutschland, die haben offenbar das Standardwerk von Robert Habeck nicht gelesen: „Patriotismus, ein linkes Plädoyer.“

Ich bin zwar erfreutes Ehrenmitglied der Grünen Jugend Hessen, aber nicht der richtige Ansprechpartner für ihre Lektüregewohnheiten.

Sagen wir es anders: Junge Grüne positionieren sich gern gegen die Mehrheitsgesellschaft.

Es gibt einen großartigen Tweet von Ricarda Lang vom letzten August. Als ich den las, dachte ich: Mit der Frau will ich zusammen Bundesvorsitzender werden.

Jetzt wird's rührselig?

Ernsthaft. Der Tweet lautete so sinngemäß: Es ist bezeichnend, dass über den Genderstern nur die Konservativen reden. Feminismus ist aber, über die Gender Paygap zu reden und über die materiellen Grundlagen für Gerechtigkeit. Das ist der Ansatz.

Frau Lang ist einfach eine moderne Sozialdemokratin.

Bitte? Was genau ist das denn bitte?

Stimmt, das ist ein Widerspruch in sich. Das nehme ich zurück.

Dann ist ja gut!

Die Mediengesellschaft, Herr Nouripour, liebt die Extreme und sie liebt es, die Grünen mit diesen Extremen zu framen. Die sind dann entweder Verbots- oder Staatsfetischisten oder egoistische

und vaterlandslose Subjekte. Nun hat sich die Mitgliedschaft in den Habeck- und Baerbock-Jahren enorm vergrößert, in denen die Grünen sich im Zentrum der Gesellschaft positionierten. Da müssen also jetzt viele normale Leute dabei sein.

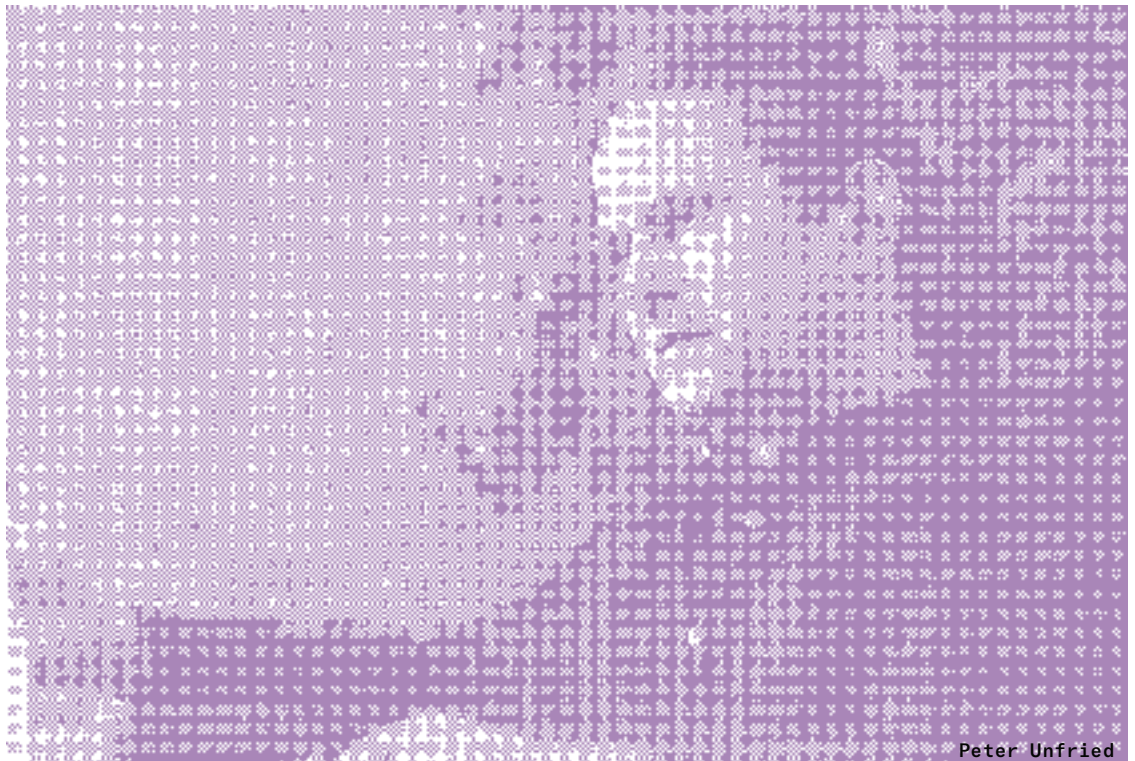
Sie schreiben „normale Leute“ nicht wirklich ins Interview, oder? Sonst muss ich das auseinandernehmen.

Leute, die überhaupt nicht den Klischees der liberalkonservativen Leitartikler entsprechen, die nicht ideologisch sind, die zweimal die Woche Fleisch essen, zweimal im Jahr in den Urlaub fliegen, die etwas leisten wollen, die eigenen Interessen im Auge haben, aber auch das Ganze, normale Leute halt.

Und alle, die dreimal oder keinmal Fleisch essen, sind aus Ihrer Sicht nicht normal? Wie weit wir mit dem Begriff „normal“ hier kommen, sei also mal dahingestellt. Aber sagen wir es so: Diejenigen, die Sie eben beschrieben haben, sind Mitglied in unserer Partei, weil sie Politik für alle machen und Lösungen finden wollen. Sie diskutieren beispielsweise die Frage des Klimaschutzes nicht nur im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit, sondern natürlich auch im Zusammenhang mit dem technologischen Fortschritt. Es geht ja gar nicht anders. Es gibt die Klimaziele von Paris, die sind heruntergebrochen auf nationale Klimaziele. Wenn alle Länder der Welt diese nationalen Klimaziele einhalten, was leider nicht passieren wird, dann heißt das 2,4 Grad Erderwärmung. Das reicht bei weitem nicht. Ohne Technologie kommen wir nicht voran. Das ist Beschlusslage der Partei, und es wird auch breit in der Partei getragen. Und das hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass wir sehr, sehr viele Leute haben aus allen gesellschaftlichen Schichten, die einen sehr klaren Blick auf die Realität haben.

Omid Nouripour, 46, ist MdB und seit Anfang 2022 Co-Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Er gewann bei der Bundestagswahl in Frankfurt am Main das erste grüne Direktmandat in Hessen.

Peter Unfried ist Chefreporter der taz und Chefredakteur von taz FUTURZWEI, Magazin für Zukunft und Politik.



Peter Unfried



«Verant-
wortung im
Kleinen zu
übernehmen –
das kann Großes
bewirken»

Mona Neubaur



Die Bedrohung durch die Klimakatastrophe, Leben in Pandemiezeiten, Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine – Europa und die Welt stehen vor Krisen, deren Ausmaß fast sprachlos macht. Viele unserer Gewissheiten sind ins Wanken geraten – und den politisch Handelnden wird aktuell ein Höchstmaß an politischer Verantwortung abverlangt, um Stabilität zu geben in dieser von so viel Unsicherheit geprägten Zeit.

Von diesem wichtigen Begriff der „politischen Verantwortung“ habe ich eine klare Vorstellung.

Die Voraussetzung für politisch verantwortliches Handeln ist eine informierte und interessierte Öffentlichkeit, wie die aktuellen Krisen auf besondere Weise zeigen. Der öffentliche Diskurs muss dabei gestützt sein auf verlässliche Informationsquellen – sie zu nutzen erfordert eine Bevölkerung, die medienkompetent ist. Sie muss sensibilisiert sein für gezielte Desinformation oder die Funktionsweise der Algorithmen sozialer Netzwerke durchschauen.

Politische Verantwortung ist komplex und vielschichtig. Dies zeigt das Beispiel der Klimakatastrophe, die uns trotz der Pandemie und des Krieges weiterhin bedroht. Hier stellt sich die Frage, wie man bei globalen Herausforderungen auf lokaler Ebene politische Verantwortung übernehmen kann. Wie viel Verantwortung trägt

beispielsweise die Landesregierung Nordrhein-Westfalens für die Rettung des globalen Klimas? Ist es nicht vergebliche Mühe, sich als einzelnes Bundesland für den Klimaschutz zu engagieren?

Es ist ganz klar: Ein Problem von gravierender globaler Bedeutung wie der Klimawandel kann weder von einer Region noch von einem Nationalstaat allein gelöst werden. Deshalb dürfen wir aber nicht aufhören, Verantwortung auch für globale Herausforderungen zu übernehmen, ja, übernehmen zu wollen. Eine weltweite Vernetzung kann nicht nur Empathie und Verständnis fördern, sondern gegenseitiges und gemeinsames Lernen ermöglichen. So kann es uns vielleicht gelingen, eine Bedrohung abzuwenden, die uns alle betrifft – indem wir gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Politische Verantwortung liegt letztlich in Form von Eigenverantwortung bei uns allen. Selbstverständlich darf diese nicht gleichgesetzt werden mit einer Abwesenheit von Solidarität, etwa im Bereich der Sozialpolitik. Aktuell zeigt sich die Verzahnung von Gemeinschaft und Politik in umgekehrter Weise. Gerade in der derzeitigen humanitären Katastrophe in der Ukraine leisten so viele Menschen eigenverantwortlich Unterstützung. Sie bilden dabei das notwendige Gegenstück zu den politisch Verantwortlichen und tragen ihre Arbeit mit – oder machen sie sogar erst möglich.

Mona Neubaur, Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl von Bündnis 90/Die Grünen NRW

Text: Giorgio Franceschini

Mehr Europa wagen

Was bedeutet der Überfall Russlands auf die Ukraine für grüne Außenpolitik?



Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat über Nacht die Fundamente der deutschen und europäischen Außenpolitik erschüttert und könnte einen umfassenden Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik einläuten. Der Konjunktiv ist geboten, denn im Berliner Außenpolitikdiskurs gibt es nicht nur Anzeichen für die viel zitierte Zeitenwende, es gibt auch restaurative Tendenzen, die am gemüthlichen deutschen Nationalpazifismus der letzten Jahrzehnte festhalten möchten.

Doch wie immer sich die deutsche und europäische Außenpolitik in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln mag: Eine Rückkehr zum Status quo vor dem Überfall Russlands ist nicht möglich. Dafür ist das Erschrecken über die Ruchlosigkeit Moskaus, über die Lügen des Kremls und die Kriegsverbrechen der russischen Armee zu groß. Schließlich ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass mit Putins Großkrieg gegen die Ukraine auch für die NATO, für Europa und für Deutschland eine neue bedrohliche Lage entstanden ist.

Diese Bedrohung ist konkret und sie erzeugt unmittelbaren Handlungsdruck auf verschiedenen Ebenen, in der Sicherheits-, Energie- und Migrationspolitik. Dieser Druck könnte die Parameter der deutschen und europäischen Außenpolitik für viele Jahre und Jahrzehnte verschieben.

Neuer regionaler Fokus

Eine Grundannahme der deutschen Außenpolitik war die Überzeugung, man sei im Wesentlichen von Freunden umgeben, und durch eine engagierte Nachbarschaftspolitik könne die EU einen Ring der Stabilität rund um Europa etablieren. Beide Annahmen haben sich als falsch erwiesen und müssen schnell neu justiert werden. Der Fokus liegt auf der östlichen Nachbarschaft der EU und hat eine klare sicherheitspolitische Dimension. Da die neoimperialen Ambitionen Moskaus in dieser Region die Unabhängigkeit und Souveränität aller postsowjetischen Staaten und der NATO-Neumitglieder bedrohen, wird die Stabilisierung der Region zwischen Ostsee und Schwarzem

Meer einen neuen Schwerpunkt deutscher und europäischer Außenpolitik bilden. Dass zu dieser Stabilisierung vorrangig Elemente der militärischen Abschreckung gehören werden, wird für Grüne eine nicht unerhebliche Herausforderung darstellen.

Neuer Sicherheitsbegriff

Die Grünen haben in der Vergangenheit zu Recht die Verengung des Sicherheitsbegriffs auf das Militärische kritisiert. Im breiten grünen Sicherheitsbegriff fanden sich immer auch die Prinzipien menschlicher Sicherheit und feministischer Außenpolitik, das Primat des zivilen Krisenmanagements, die Notwendigkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Zeitweise schien es, dass diese Konzepte und Werkzeuge einer progressiven Außenpolitik der alten, auf militärische Fähigkeiten bauenden Sicherheitspolitik den Rang ablaufen würden. Doch mit der Aggression Russlands sind plötzlich wieder Themen der klassischen Verteidigungspolitik gefragt.

In diesem Pendelumschwung liegt eine Chance für den erweiterten grünen Sicherheitsbegriff und für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik. Anstatt nationale und menschliche Sicherheit als Gegensatzpaare zu betrachten und einer Dichotomie zwischen harter (militärischer) und weicher (ziviler) Sicherheit das Wort zu reden, kann jetzt die Sicherheit Deutschlands und Europas neu definiert werden, dabei militärische Fähigkeiten ebenso eingeschlossen wie die zivile Krisenprävention gestärkt und auch ein neuer Blick auf internationale Diplomatie und feministische Außenpolitik geworfen werden. Abschreckung und Rüstungskontrolle, Dialog und Härte, Verteidigungsfähigkeit und Diplomatie: So könnten die neuen Begriffspaare einer zukünftigen grünen Außen- und Sicherheitspolitik lauten.

Die Instrumente könnten dabei regional verschieden akzentuiert werden. Da mit Moskau – trotz aller Hoffnungen – auf absehbare Zeit keine kooperative Sicherheitspolitik mehr möglich sein wird, werden Berlin und Brüssel in der Russlandpolitik verstärkt auf militärische Abschreckung und Eindämmung setzen müssen. Umgekehrt werden für die südliche Nachbarschaft der EU verstärkt zivile Elemente der Krisenstabilisierung nötig sein, da sich etwa die Bundeswehrmission in Mali als weithin wirkungslos erwiesen hat.

Kurskorrektur in der Energiepolitik

In einem erweiterten Sicherheitsbegriff muss die Energiepolitik separat betrachtet werden. In ihr offenbart sich mit aller Deutlichkeit, welche Auswirkungen Berlins sicherheitspolitischer Blindflug der vergangenen Jahrzehnte hatte. Allen Warnungen Washingtons, Warschaws und anderer NATO-Alliierten zum Trotz hat sich die größte Wirtschaftsmacht Europas in eine kolossale Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern begeben und nun größte Schwierigkeiten, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien.

Unabhängig davon, wie man das Tempo des deutschen Ausstiegs aus russischen Fossilimporten bewertet, treten hier zwei offene Probleme der europäischen Außen- und Russlandpolitik zutage: Erstens ist Berlin nolens volens der Taktgeber für das fossile Energieembargo gegen Russland. Wenn der deutsche Ausstieg aus russischen Erdgasimporten Jahre dauert, werden sich andere

EU-Mitgliedstaaten an diesem Tempo orientieren und die deutschen Präferenzen – Wirtschaft vor Sicherheit – gern übernehmen. Zweitens erweckt der gemächliche deutsche Ausstieg aus russischen Gasimporten in Osteuropa den Eindruck, die existenziellen Nöte der osteuropäischen Staaten zählten zwischen Rhein und Oder weniger als das Absinken der deutschen Wirtschaftskraft um einige Prozentpunkte. Dieser emotionale Schaden ist möglicherweise nicht mehr gutzumachen, insbesondere, wenn Moskau in den nächsten Monaten seinen Krieg noch einmal eskalieren sollte.

Koordination mit den europäischen Partnern

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat in Deutschland und Europa einen enormen Handlungsdruck ausgelöst, nämlich neben der Unterstützung der Ukraine auch zügig in die eigene Risikoversorge zu investieren. Hier eröffnet sich die Chance, die europäische Integration in mindestens vier Feldern zu intensivieren: in der Sicherheits-, Energie-, Migrations- und Technologiepolitik. Eine Stärkung der Resilienz der EU in diesen vier Feldern würde zwei grüne Kernanliegen voranbringen: die weitere Verlagerung von nationalstaatlichen Kompetenzen nach Brüssel und die Erhöhung der strategischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Ob es zu diesem Quantensprung in der europäischen Integration kommt, hängt von einer Reihe strategischer Weichenstellungen in den EU-Mitgliedstaaten ab, die in den nächsten Monaten anstehen.

Für den deutschen Kontext bedeutet dies, die sicherheitspolitische Ertüchtigungsstrategie – das 100-Milliarden-Sondervermögen – mit Blick auf Europa zu konzipieren und sich nicht nur von den nationalen Defiziten und Bedarfen der Bundeswehr leiten zu lassen. Die in diesem Kontext aufgeflamte Diskussion über die Raketenabwehr sollte keinen nationalen, sondern einen europäischen Fokus haben und einen Sicherheitsgewinn für die EU und die NATO insgesamt darstellen – und nicht nur für Deutschland.

Dasselbe gilt für die Frage strategischer Gas- und Ölreserven. Hier sollte Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht der EU eine Führungsrolle einnehmen und ein rasches Ausstiegsszenario aus fossilen Energieträgern aus Russland vorleben sowie eine faire und solidarische Lastenteilung für betroffene EU-Länder anbieten.

Neben diesem weiten, auf Europa gerichteten Blick existiert in Deutschland nach wie vor ein sehr wirkungsmächtiger Diskurs, der auf die kurzfristigen wirtschaftspolitischen Interessen Berlins schießt und keinen Begriff für die strategische Dimension der gegenwärtigen Krise und der Verantwortung Deutschlands für die europäische Sicherheit hat.

Es ist der grünen Außenpolitik zu wünschen, diese strategische Kurzsichtigkeit aufzulösen und die deutsche Debatte auf ein Niveau zu heben, das den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit angemessen ist. Dafür sind ein engerer Austausch und eine stärkere Koordination mit den europäischen Partnern unerlässlich.

Giorgio Franceschini ist seit 2017 Referent für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

Deutschland wird sich nicht mehr auf eine rein vermittelnde Rolle zurückziehen können, wenn unsere demokratische europäische Zukunft gesichert werden soll.

Zwischen Macht und Verantwortung

Text: Bastian Hermisson

Die russische Invasion in der Ukraine ist ein dramatischer Bruch des Völkerrechts, ein offener Angriff auf die freiheitliche, souveräne Entwicklung des Landes und eine massive Bedrohung der europäischen Sicherheitsordnung. Spätestens jetzt müsste auch dem letzten Putin-Apologeten in Berlin klar sein, dass Deutschland sich von manch außenpolitischem Wunschenken der letzten dreißig Jahre dringend verabschieden muss. Zu lange hatte Deutschland nach Ende des Kalten Krieges gemäß der Prämisse agiert, dass sich alle Länder früher oder später zu liberalen Demokratien und sozialen Marktwirtschaften entwickeln würden. Demnach gab es keine internationalen „Gegner“ mehr, sondern nur noch Freunde und Partner unterschiedlichen Grades.

Die Realität sieht schon lange anders aus. Wir befinden uns in einer Phase zunehmender Machtkonkurrenz um militärische Dominanz, um Technologie, um Ressourcen und globalen Einfluss. Anstatt mit einer systemischen Konvergenz haben wir es mit einer Systemkonkurrenz zu tun, in der Akteure wie China und Russland mit allen Mitteln Gegenmodelle zur liberalen Demokratie durchzusetzen versuchen und in der die liberale Demokratie auch innerhalb unserer eigenen Gesellschaften unter Druck gerät. Gleichzeitig wird die liberale Weltordnung, das Rahmenwerk internationaler Vereinbarungen und Organisationen, immer brüchiger. Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der Herausforderungen wie der Klimawandel, die nukleare Sicherheit oder die COVID-19-Pandemie globale Antworten mehr denn je verlangen.

Deutschland ist kein machtloser Spielball dieser Entwicklungen. Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und als einflussreichstes Land innerhalb der EU hat die Bundesrepublik vielmehr erhebliche Gestaltungsmacht. Mit dieser Macht geht Verantwortung einher für die regionale und globale Ordnung jenseits unserer Grenzen. Für den Rückzug auf eine rein vermittelnde Rolle in einer konfliktreichen Welt ist Deutschland zu bedeutsam.

Außerhalb der Bundesrepublik wird da oft klarer gesehen. Für die Biden-Regierung in Washington ist Deutschland ein unverzichtbarer Partner im globalen Macht- und Systemwettbewerb. Erst recht gilt dies in Europa und seiner Nachbarschaft. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an Berlin. Für Deutschlands Partner innerhalb der Europäischen Union ist die Bundesrepublik ein Akteur, der seine Macht zwar bereits heute häufig ausspielt, dies aber nicht immer im europäischen Interesse oder unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf unsere Nachbarländer. Die deutsche Russlandpolitik war dafür viele Jahre exemplarisch.

Solche äußere Kritik und solche äußeren Erwartungen sollten ernst genommen werden, denn sie sind so umfassend, weil so viel von Deutschland abhängt. Deutschland hat über Jahrzehnte profitiert von US-amerikanischen Sicherheitsgarantien, vom geeinten europäischen Wirtschafts- und Friedensraum und von einer offenen Welthandelsordnung.

Künftig aber werden diese Ordnungen nicht erhalten bleiben, wenn Berlin nicht mehr zu ihrer Bewahrung beiträgt. Das kann Deutschland auf vielen Ebenen tun,

beispielsweise in der Handels-, Entwicklungs- und Technologiepolitik. Denn im künftigen Macht- und Systemwettbewerb geht es nicht zuletzt darum, wer technologisch die Nase vorn hat, wer auf die Rohstoffe und Lieferketten der Zukunft Zugriff hat, wer belastbare Beziehungen mit dem globalen Süden aufbaut und welche Standards sich weltweit durchsetzen.

Die neue Bundesregierung hat erste wichtige Schritte unternommen, um der Realität der heutigen Weltordnung Rechnung zu tragen. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands kommt auf den Prüfstand, die Energiepolitik wird neu ausgerichtet - und erstmals wird eine nationale Sicherheitsstrategie erarbeitet. Das sind Elemente einer neuen außenpolitischen Orientierung. Einfach wird dieser Weg nicht: Er bedeutet eine Verabschiedung von der Vorstellung, die deutsche Handelspolitik ließe sich trennen von außenpolitischen Realitäten. Und er bedeutet auch, strategische Konfliktfähigkeit zu entwickeln.

Eine aktive Rolle in einer konfliktreichen Welt hat einen Preis, einen wirtschaftlichen und einen politischen. Es wird unumgänglich sein, stärker in die Politikfelder moderner Außen- und Sicherheitspolitik zu investieren, von der militärischen Wehrhaftigkeit bis zur Klimaaußenpolitik. Es wird ebenso zentral sein, sowohl in die Resilienz der deutschen Wirtschaft als auch in die der Gesellschaft zu investieren. Das nicht zu tun, würde einen weit höheren Preis erfordern. Und die Kosten wären nicht nur ökonomisch, sondern betreffen unsere gemeinsame Sicherheit und die Zukunft unserer liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft.

An der Ukraine- und Russlandpolitik wird sich in den kommenden Monaten zeigen, ob die Bundesrepublik dieser Herausforderung gerecht wird. Ohne starkes deutsches Engagement wird es nicht möglich sein, die russischen Angriffe auf die europäische Friedensordnung abzuwehren.

Bastian Hermisson ist Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, DC. Davor leitete er das Büro Brüssel und das Referat EU/Nordamerika der Stiftung und verantwortete als Referent den Themenbereich Außen- und Sicherheitspolitik.

« Moral wieder in die Betriebe einsourcen »

Der freie Markt hat kein Gewissen, deshalb brauchen wir eine „social economy“. Ein Gespräch mit Katja Urbatsch (ArbeiterKind.de) und Armin Steuernagel (Stiftung Verantwortungseigentum) über soziale Profite, Eigenverantwortung als Chance und positive Menschenbilder

Interview: Tommi Winkler

Frau Urbatsch, Herr Steuernagel, Sie beide werden in der Presse als „Sozialunternehmer“ bezeichnet, weil Sie tätig sind in einem Bereich, den man „social economy“ nennt. Was ist das eigentlich?

Katja Urbatsch (KU): Das ist ein weites Feld, das auch unter dem Begriff „social entrepreneurship“ zusammengefasst wird. Dahinter steht eine Bewegung, die sagt: Wir wollen keine nur finanzielle Profitorientierung, sondern auch sozialen Profit erwirtschaften. Schlussendlich geht es darum, die Gesellschaft anders zu gestalten: sozialer, nachhaltiger, lebenswerter. Das sind Ziele, an denen etwa Klimaaktivist*innen arbeiten, aber auch gemeinnützige Organisationen wie meine. ArbeiterKind.de hätte sich früher vermutlich als Verein organisiert, jetzt aber sind wir ein Sozialunternehmen, das dynamischer sein kann und versucht, soziale Probleme mit unternehmerischem Spirit zu lösen.

Armin Steuernagel (AS): Das Schöne an dem Begriff „social entrepreneurship“ ist, dass er den Begriff Unternehmer nicht allein der Gewinnmaximierung überlässt – und damit die Eigeninitiative, ein Nicht-auf-den-Staat-Warten, eine Einfach-mal-tun-Lebenseinstellung unabhängig von eigennützigen Motiven macht. Allerdings störe ich mich an dem Begriff auch manchmal, weil ich denke, dass jedes Unternehmertum eigentlich

sozial ist. Denn selbst wenn ich Autos herstelle, tue ich das ja nicht für mich, sondern eigentlich für andere. Zum Problem wird es, wenn ich nur noch den „shareholder value“ maximieren will.

Sehen Sie Unternehmertum auch generell so positiv, Frau Urbatsch?

KU: Grundsätzlich finde ich auch, dass Unternehmertum nichts Schlechtes ist. Da steckt ja drin: Ich bin aktiv, ich habe eine Idee, ich will gestalten. Aber die Frage ist natürlich, inwieweit dieses Unternehmertum nur auf den eigenen Profit oder auch auf andere Ziele ausgerichtet ist. Beim Verkaufen von Autos wirds aber schon schwierig, da gehts nun mal vor allem um finanziellen Profit.

AS: Das muss ja nicht so sein. Auch ein Autohersteller kann seinen Betrieb so aufstellen, dass es ihm gar nicht mehr um seine maximalen Gewinne geht, sondern darum, die besten Fortbewegungsmittel zu produzieren – heute also welche, die auch den Umweltschutz beachten.

KU: Es kommt eben darauf an, welche Autos produziert werden. Ich glaube jedenfalls nicht an die „invisible hand“.

Die „unsichtbare Hand“ des Ökonomen Adam Smith, der glaubte, dass ein möglichst freier Markt schon alles zum Besten des Gemeinwohls regeln würde.

AS: Die „invisible hand“ von Adam Smith ist nicht nur eine jener Ideen, die von der Wirklichkeit nachhaltig widerlegt wurden, sondern auch gefährlich. Selbst ein Experte wie Michael Hüther, der als Direktor des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft des Sozialismus unverdächtig ist, schreibt im *Handelsblatt*, dass die Idee, moralfreie Unternehmen würden dank der „invisible hand“ und klarer staatlicher Regeln schlussendlich moralisch wirtschaften, nicht funktioniert – vor allem nicht in globalen und digitalen Märkten – und dass wir deshalb nicht weiter die Moral an den Staat outsourcen können. Aber ich habe auch den Eindruck, dass die Idee, dass wir Moral wieder in die Betriebe einsourcen müssen, sich mehr und mehr durchsetzt. Das heißt nicht, dass ich ein neues Moralaposteltum fordere – im Gegenteil. Mir geht es um freies Unternehmertum, das die Folgen seines Handelns, die Externalitäten, einfach mitbedenkt, statt auf den Staat zu warten, der das Chaos hinter uns dann schon beseitigt.

Frau Urbatsch, Sie helfen mit ArbeiterKind.de Menschen aus nichtakademischen Milieus beim sozialen Aufstieg. Herr Steuernagel, Sie beraten Betriebe, die soziale Verantwortung übernehmen wollen. Kann man sagen, dass Sie das Thema Eigenverantwortung zwar ähnlich sehen, aber mal von unten und mal von oben angehen?

AS: Ja, das sind zwei unterschiedliche Wege. Frau Urbatsch versucht Menschen auf individueller Ebene zu fördern. Wir versuchen eine neue Rechtsform für Unternehmen in die Welt zu bringen, um Verantwortungseigentum möglich zu machen. Normalerweise muss ich ein Unternehmen kaufen oder in die richtige Familie hineingeboren sein, um das Geschäft zu übernehmen. Aber wir wollen, dass Teilhabe an einem Unternehmen





möglich wird, unabhängig von genetischer Herkunft und Finanzkraft. Das stärkt die Eigeninitiative.

KU: Ja, wir wollen empowern, aber wir denken nicht nur von unten. Wir versuchen auch, die Strukturen zu verändern, Druck auf die Politik zu machen, sie für die Probleme von jungen Menschen aus Familien ohne Hochschultradition zu sensibilisieren und zwischen den Milieus zu vermitteln. Denn das große Kapital, das unsere Studierenden der ersten Generation mitbringen, ist ihre Erfahrung, die sie aus anderen Schichten in akademische Milieus einbringen. Dass im vergangenen Jahr soziale Herkunft als siebte Diversity-Dimension in die Charta der Vielfalt aufgenommen wurde, war für uns ein riesiger Erfolg.

Sie beide appellieren an die Eigenverantwortung. Warum übernehmen nicht mehr Menschen diese Verantwortung für sich – und dann auch für andere?

KU: Ich glaube, man muss Menschen erst einmal in die Position bringen, Eigenverantwortung übernehmen zu können. Wer um seine Existenz kämpft, hat keine Kapazitäten, sich noch zu engagieren. Aber daran, wie viele Menschen sich im Ehrenamt engagieren, sieht man ja, dass die Bereitschaft grundsätzlich vorhanden ist. Ich glaube allerdings, dass das Ehrenamt nicht mehr wie früher funktioniert, weil vor allem junge Leute sich heute flexibler engagieren und schneller etwas erreichen wollen. Darauf gründet auch der Erfolg von ArbeiterKind.de, weil sich bei uns Menschen in flachen Strukturen auch kurzzeitig engagieren können.

AS: Ich denke aber auch, dass die Struktur der Erwerbsarbeit wichtig ist: Wenn ich mich täglich von 9 bis 17 Uhr an starren

Strukturen und formalen Hierarchien ohne Möglichkeit zur Eigeninitiative abarbeiten muss, fehlt mir höchstwahrscheinlich auch danach die Lust an Eigeninitiative. Aber nicht nur die Arbeitswelt ist das Problem, sondern das fängt schon viel früher an. Schon in der Schule werden wir oftmals darauf programmiert, Tests zu schreiben und Erwartungen zu erfüllen, die andere irgendwann einmal festgelegt haben – Stichwort Zentralabitur –, anstatt zu lernen, die richtigen Fragen zu stellen: Was ist da draußen in der Welt los? Welche Fragen müssen wir lösen? Wo liegen die Probleme?

Ist die Bildungspolitik also der entscheidende Hebel, um Eigenverantwortung und -initiative in diesem Land zu stärken?

AS: Ja, und wenn Sie mich fragen, was die Politik ganz konkret tun kann: Abitur abschaffen. Oder noch radikaler: Noten abschaffen. Es ist doch längst wissenschaftlich erwiesen, dass Noten nur zu gehorsamen, frustrierten Menschen führen. Anstatt jedes Kind – und übrigens auch jede Lehrkraft – von der ersten Klasse an darauf zu trimmen, einmal eine zentrale, bundesweite Abiprüfung zu schaffen, sollte man Kinder dazu befähigen, ihre eigenen Interessen und Fähigkeiten zu entdecken und zu entwickeln. Und die Unis machen dann – so wie das in den USA oder anderswo längst üblich ist – eigene Eingangstests und suchen die Menschen, die geeignet sind.

KU: Für eine neue Gesellschaft müssen alle Bevölkerungsgruppen beteiligt werden und die Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssten wir aber endlich mal über Klasse sprechen. Das ist in Deutschland aber immer noch ein großes Tabuthema, die oben tun sich sehr schwer, über Klasse und ihre Privilegien zu reden. Aber die, die unten sind, haben ein sehr ausgeprägtes Klassenbewusstsein, sie wissen sehr genau, wo sie stehen – und merken, dass sie durch die Bürokratie ausgebremst werden. Denn auch das höre ich immer wieder: Der Staat will gar nicht, dass ich hier rauskomme. Und daraus resultiert dann auch diese Politikverdrossenheit.

AS: Ich sehe das Problem auch darin, dass zumindest ein Teil der Bürokratie von einem sehr negativen Menschenbild ausgeht, zum Beispiel, wenn es um Hartz IV geht. Wenn ich glaube, dass Menschen generell nicht motiviert und eher faul sind, dann muss ich die wöchentlich anrufen und schließlich sanktionieren.

KU: Und in diesen Strukturen werden Schicksale entschieden.

«Ja, wir wollen empowern, aber wir denken nicht nur von unten. Wir versuchen auch, die Strukturen zu verändern»

AS: Unser von Hobbes herrührendes Staatsverständnis, Gesetze müssten immer für den Schlechtesten erhalten, führt dazu, dass wir alle unter Generalverdacht stellen. Die Kollateralschäden davon sind inzwischen gut erforscht, wir wissen zum Beispiel, dass Finanzämter, die den Bürgern generell Missbrauch unterstellen, die intrinsische Motivation, Steuern zu zahlen, unterminieren. Was es braucht, ist nichts weniger als unseren Staat neu zu denken, und zwar auf Grundlage eines Menschenbilds, das den Menschen – auf gesunde, nicht auf naive Weise – Vertrauen entgegenbringt.

Katja Urbatsch ist mehrfach ausgezeichnete Gründerin und Geschäftsführerin der Organisation ArbeiterKind.de. Die gemeinnützige Initiative setzt sich für Chancengleichheit ein, indem sie Schüler*innen aus Familien ohne Hochschultradition zum Studium ermutigt. Urbatsch studierte Amerikanistik, BWL und Kommunikationswissenschaften und ist selbst die erste Akademikerin in ihrer Familie.

Armin Steuernagel war Waldorfschüler, studierte Politik und Ökonomie in Oxford, Witten und New York und macht sich nun stark für eine neue Eigentumsform für Unternehmen, die sich nicht mehr allein am finanziellen Profit ausrichten, sondern ihre Werte- und Langfristorientierung in der Unternehmensverfassung verankern. Um solchen Unternehmen eine Stimme zu geben, hat er mit Gleichgesinnten die Stiftung Verantwortungseigentum gegründet, deren Vorstand und Geschäftsführer er ist.

Tommi Winkler lebt als freier Journalist in Lehnitz.

Wessen Freiheit, wessen Verantwortung?

Die wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz

Text: Nils Weinberg

Als das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im April 2021 die Klimaschutzpolitik der damaligen Bundesregierung geißelte, erhielt es dafür Lob und Anerkennung. Nicht zuletzt ebendiese Bundesregierung fühlte sich durch den Gerichtsbeschluss „ermutigt“, das eigene Klimaschutzregime nachzubessern.

Wie kam es zu dieser Entscheidung des BVerfG? Im Jahr 2018 und vor allem im Jahr 2020 nach Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes wandten sich zahlreiche junge Beschwerdeführer*innen, darunter auch Menschen aus Nepal und Bangladesch, an das BVerfG. Sie hielten die Klimaschutzpolitik des Bundes für unzureichend. Im Pariser Übereinkommen hat sich die Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet, den Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 °C oder jedenfalls auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen. Das Klimaschutzgesetz, das Gegenstand der Verfassungsbeschwerden war, bildet den innerstaatlichen Rahmen, um die Klimaschutzmaßnahmen zu strukturieren. Das Gesetz in der damaligen Fassung ordnete an, dass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden müssen. Es regelte auch, in welchem Sektor wie viel CO₂-Emissionen einzusparen sind. Für die Zeit ab 2031 war vorgesehen, dass die jährlich sinkenden Emissionen durch Rechtsverordnungen – also durch die Exekutive, nicht nur das Parlament – fortgeschrieben werden.

Die Verfassungsbeschwerden hielten die meisten Beobachter*innen für wenig aussichtsreich. Das BVerfG kam zu einem anderen Ergebnis und erklärte das Klimaschutzgesetz für teilweise verfassungswidrig. Es verpflichtete den Gesetzgeber, die Minderungsziele über das Jahr 2030 hinaus schon jetzt fortzuschreiben. Dabei sei er darauf verpflichtet, eine angemessene Lastenverteilung über die Zeit zu gewährleisten. Dieser Aufforderung kam der Gesetzgeber noch vor der Bundestagswahl durch Änderungen des Klimaschutzgesetzes nach, das nunmehr eine Minderung der CO₂-Emissionen von 65 Prozent bis 2030 und Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 statt 2050 vorsieht.

Das BVerfG deutete die Grundrechte als intertemporale, d. h. auch generationenübergreifende Freiheitssicherung. Das heißt, dass die Grundrechte nicht nur gegenwärtige, sondern auch zukünftige Freiheitsausübung schützen. Sie verlangen eine vorausschauende Lastenverteilung. Heute müssen wir uns so verhalten, dass wir auch in Zukunft noch unsere Freiheit ausüben können. Gerade zukünftige

Freiheit berücksichtigte das Klimaschutzgesetz aber unzureichend. Denn es erlaubte, bis zum Jahr 2030 so viel Kohlendioxid zu emittieren, dass im anschließenden Zeitraum kaum noch CO₂-Emissionen zulässig sein dürften, wenn das Pariser Klimaszutzziel erreicht werden soll. Auf dieses Ziel ist die Bundesrepublik aber völker- und verfassungsrechtlich verpflichtet. Der Gesetzgeber wäre deshalb ab 2030 gezwungen, die grundrechtlich geschützte Freiheit erheblich zu beschränken, um weitere CO₂-Emissionen zu verhindern. Eine gerechte Lastenverteilung über die Zeit ist dem Klimaschutzgesetz also nicht gelungen.

Das BVerfG muss diese Fragen grundrechtlich adressieren, weil individuelle Menschen das Gesetz vor Gericht angegriffen haben und diese nur ihre eigenen Grundrechte geltend machen dürfen. Das führt im Ergebnis dazu, dass Grundrechte genutzt werden, um die Freiheit anderer zu beschränken, indem nämlich strengere Klimaschutzvorschriften erstritten werden. Deshalb mag man aus juristischer Sicht bezweifeln, ob die Semantik der Grundrechte geeignet ist, die intergenerationelle Freiheitsverteilung zu adressieren. Solche Zweifel ändern aber nichts an der Tatsache, dass das BVerfG die Politik zu Recht zur Verantwortung zieht. Die Verfassung ist nicht blind für die Belange der jungen Beschwerdeführer*innen sowie künftiger Generationen. Art. 20a des Grundgesetzes lautet: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen [...]“. Das BVerfG musste Gesetzgeber und Regierung an diese Verantwortung erinnern. Sie haben das Pariser Übereinkommen unterzeichnet und in nationales Recht überführt. Das Gericht misst die Politik an ihren eigenen Willensbekundungen.

Das Grundgesetz nimmt die Klimakrise ernst. Unser aller Freiheit – nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen – steht infrage. Die Verantwortung, diese Freiheit langfristig und für künftige Generationen zu sichern, trägt der Staat. Nur scheinbar fallen Freiheit und Verantwortung hier auseinander. Denn das „Wir“ als Träger der Freiheiten findet Ausdruck im politischen Prozess, der die Verantwortung trägt. Daran erinnert uns das BVerfG in seiner Klimaentscheidung: unsere Freiheit, unsere Verantwortung.

Nils Weinberg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Doktorand im Graduiertenkolleg „Normativität, Kritik, Wandel“.

«Ist es verantwortungslos, weiter bei Facebook, Instagram und WhatsApp angemeldet zu sein?»

Nein, denn im Alltag kommt man ohne nicht weiter

Es ist nicht möglich, sich von WhatsApp abzumelden. Jedenfalls nicht dann, wenn man im Alltag weiterhin mit all den Menschen zu tun haben will, mit denen man so zu tun hat. Da ist, zum Beispiel, die Kita-Leitung, die ihre Infos zum Sommerfest und zur Ausflugsplanung über WhatsApp verbreitet. Da ist die heterogene Elterngruppe der Grundschule, die bei WhatsApp über das Kantinenessen diskutiert. Da ist die Fußballgruppe, die den nächsten Treffpunkt per WhatsApp durchgibt. Da ist die ältere Verwandte, die man mit viel Beharrungsvermögen davon überzeugt hat, das Handy öfter mal anzulassen, und die jetzt Freude daran gefunden hat, über WhatsApp lustige Emojis in die Welt zu schicken.

Was soll man denen sagen: WhatsApp gehört zum Facebook-Konzern Meta, und wer den unterstützt, ist verantwortungslos?

Man kann das machen. Klar kann man. Man kann Menschen auch den Mittelfinger zeigen anstatt Guten Morgen zu sagen. Das bringt aber überhaupt nichts voran. Die einzige Folge ist: Man erschwert die Kommunikation mit Menschen oder schneidet sich ganz von denen ab, mit denen man zu tun haben muss und zu tun haben will. Wer je versucht hat, die übersichtliche Elternschaft einer einzelnen kleinen Schulklassen davon zu überzeugen, dass man den Elf- und Zwölfjährigen aufs erste Smartphone nicht WhatsApp laden sollte, sondern eine Alternative wie Signal, der wird ganz schnell demütig. Es geht nicht! Vielleicht klappt es in milieuhomogenen Privatschulklassen, aber in aller Regel ist es eine aussichtslose Diskussion.

Nun kann man natürlich sagen: Das ist kein Argument für WhatsApp und die anderen Dienste des Meta-Konzerns, sondern politische Faulheit, und Nichtstun ist unverantwortlich. Und ja, das ist in der Tat ein Argument.

Der Konzern, zu dem Facebook, WhatsApp, Instagram und irgendwann wohl ein virtuelles Metaversum gehören, in dem wir unseren Avataren exklusive 500-Euro-Sneaker anziehen können, wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Er schert sich nicht ausreichend um Inhalte. Hassrede, Verschwörungsmethoden, rechtsextrêmes Gedankengut, all das gibt es bei Facebook ohne Ende, und es verbreitet sich dank Facebook weiter. Die Datensammelei des Konzerns ist sowieso eine Frechheit. Selbstverständlich sind die Dienste von Meta auch nicht alternativlos.

Das Ding ist nur: Es wird nichts strukturell besser, wenn man als Einzelperson aussteigt. Die Vermüllung der Meere hört nicht auf davon, dass man selbst Plastikverpackungen meidet. Der Benziner verschwindet nicht davon, dass man selbst nach Freiburg zieht. Und an der Bedeutung von Facebook und Co. ändert sich auch nicht das Geringste, wenn man selbst aussteigt. Die Abmeldung Einzelner ist Symbolpolitik.

Wer mit Meta ein ernstes Problem hat und wirklich etwas tun will, der muss einen Massenausstieg organisieren. Muss Kampagnen entwickeln (und Facebook und Instagram für sie nutzen!). Muss für andere Geschäftsmodelle auf dem Social-Media-Markt kämpfen. Rückschläge aushalten. Weitermachen. Auf das Momentum hoffen. Und weil man alleine kaum etwas ändern wird, muss man in eine Organisation eintreten oder eine gründen. Bündnisse schmieden. Gemeinsam Strategien erarbeiten. Aufgaben verteilen. Klagen. Sich gegenseitig motivieren.

Was dagegen keine Lösung ist: Menschen, die digitalpolitische Grundsatzfragen nicht wirklich auf dem Radar haben, mitzuteilen, dass man mit ihnen leider nichts mehr zu tun haben kann, weil sie so dämlich sind, WhatsApp zu nutzen. Man kann ihnen aber natürlich ein Foto oder einen Link dieses Texts oder des Texts von Svenja Bergt in diesem Heft schicken, so als kleinen Diskussionsanstoß. Ob man es über Facebook, Instagram oder WhatsApp schickt, das ist zweitrangig.

Klaus Raab ist freier Journalist für Medien- und andere Gesellschaftsthemen. Zuletzt etwa für *Zeit Online*, *MDR* („Das Altpapier“), *brand eins*, *der Freitag*, *Bayerischer Rundfunk*, *Der Spiegel* (online), *taz*.

Ja, denn es gibt längst Alternativen zu Meta



Das Internet wäre nicht zu dem geworden, was es heute ist, ohne den Netzwerkeffekt. Also ohne das Phänomen, dass alle dort hingehen, wo alle sind, weil da alle sind. Dort gibt es das ganze Schöne und Dopaminauslösende, was Onlineplattformen wie Facebook, Whatsapp und Instagram, aber auch Tiktok, Twitter oder Snapchat so bieten: Herzchen und Likes, Bestätigung und Voyeurismus, Ästhetik und das Gefühl, immer mit jemandem verbunden zu sein. Klar, es gibt auch den Hass, die Shitstorms und das Stalking, aber das hat noch nicht dazu geführt, dass Nutzer:innen die Plattformen in Scharen verlassen, sonst wäre ja kaum noch jemand da.

Der Netzwerkeffekt ist deshalb so toxisch, weil er immer den marktmächtigsten Player stärkt. Und weil jede und jeder, der:die mitmacht, gleich doppelt dazu beiträgt: Einerseits durch die eigene Nutzung. Und andererseits dadurch, dass andere, die diese Beiträge verfolgen möchten, zur Nutzung gezwungen werden.

Die Plattformen bedienen sich dabei durchaus Methoden, für die es auf der hohen Schule der Manipulation eine Auszeichnung mit Sternchen gäbe. Snapchat zum Beispiel und seine Snapstreaks. Das ist ein kleines Flammensymbol und eine Zahl daneben. Die gibt an, wie viele aufeinanderfolgende Tage man mit der betreffenden Freundin mindestens ein Foto täglich geteilt hat. Einen Tag ausgelassen – und der Zähler steht wieder auf null. Wer macht das schon, wenn dort vorher eine 274 stand? Aber: Darf man sich so behandeln lassen als mündige Bürgerin und Verbraucher, die:der wir doch immer sein wollen?

Schauen wir mal auf die Body-Positivity-Bewegung, die ganz maßgeblich auf Instagram stattfindet und deren Bedeutung für die Debatte um Körperbilder kaum zu unterschätzen ist. Doch gleichzeitig wird sie von den Plattformen rücksichtslos instrumentalisiert. Schließlich geht es den Konzernen nicht um positiven gesellschaftlichen Impact – auch wenn sie selbst das gerne so darstellen –, sondern um das Maximieren der auf der Plattform verbrachten Zeit und das Verkaufen von Werbung. Und das funktioniert immer noch am besten im Kontext des norm schönen Körpers.

So tragen alle Nutzer:innen mosaikartig dazu bei, einen sowieso schon mächtigen Konzern zu einem noch mächtigeren Gatekeeper zu machen. Dieses Problem haben auch die EU-Gremien endlich erkannt und adressieren es in einem ihrer aktuellen Gesetzesvorhaben, dem Digital Markets Act. Das Problem ist: Der Gesetzgeber kann sich noch so viel Mühe geben, Brücken zu bauen. Wenn niemand übergeht, dann gibt es auch keine. Denn der Netzwerkeffekt funktioniert auch umgekehrt: Wo (fast) niemand ist, geht niemand hin. Es gibt alternative Open-Source-Plattformen, die ihre Nutzer:innen weder tracken noch mit Werbung zumüllen. Was sie aber nicht haben: ein gut ausgestattetes Marketingbudget.

Die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager hatte es bei der vergangenen Digitalkonferenz re:publica so schön gesagt: „People have a life.“ Die meisten Menschen haben einfach nicht die Kapazität, sich neben dem ohnehin schon heraus- und mitunter überfordernden Leben auch noch um Datenschutzbedingungen zu kümmern. Es muss also jemand anfangen, der oder die es kann. Jemand mit politischem Bewusstsein. Mit der ausreichenden Zeit und Reflexionskapazität, sich Gedanken darüber zu machen, ob Datenschutz vielleicht etwas mehr ist als der Schutz von Nullen und Einsen. Jemand, der:die den Weg bereiten kann dafür, dass die heutige Nische zum Standard der Zukunft wird. Das betrifft Privatpersonen genauso wie Verbände und NGOs, die das Potenzial haben, ungleich mehr Follower:innen mitzubewegen.

Wie das gehen könnte, zeigt sich übrigens gerade in Ansätzen auf dem Markt der Messengerdienste. Seit einer etwas kryptischen Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von WhatsApp melden Alternativen wie Signal und Threema einen deutlichen Zuwachs bei den Nutzer:innenzahlen. Und auf individueller Ebene kommt auf einmal die Erkenntnis: Es geht auch ohne den Marktführer. Es ist ein Anfang.

Text: Asal Dardan

Denk ich an Einwanderungsland ...

Wie kann eine Gesellschaft mit Einwanderung ihre eigene Einwanderungsgeschichte erzählen – und welche Orte braucht es dazu? Die Schriftstellerin Asal Dardan versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden. Nach Hanau.

Einwanderungsland ist ein seltsamer Begriff. Gibt es Länder, in die nicht eingewandert wird? Gibt es Länder, die Einwanderung mehr befördern als andere? Sollte ein Einwanderungsland von Grenzen umgeben sein?

Was ist ein Einwanderungsland? Ist es ein Land, das Arbeit zulässt, die es zwingend benötigt? Oder eines, das Hilfe bietet, die dringend benötigt wird? Beschreibt der Begriff Einwanderungsland reale Verhältnisse oder ein Selbstverständnis? Wie wird ein Einwanderungsland gemacht, wie macht es sich?

Am 19. Februar 2022, einem Samstag, stand ich auf dem Hanauer Marktplatz und schaute auf das Brüder-Grimm-Nationaldenkmal. Die Sonne schien darauf, der Himmel war blau, es war sehr kalt und windig. Neben dem Denkmal war eine große Bühne aufgebaut worden, auf der unterschiedliche Menschen kurze Reden hielten. Im Vorfeld war entschieden worden, dass Politiker*innen nicht teilnehmen würden, um den Freund*innen, Hinterbliebenen und Aktivist*innen den Raum zu lassen. Es sprachen einige sehr junge Menschen, sie klangen kämpferisch und klar. Sie gaben mir Kraft.

Wenige Minuten zuvor hatte ich noch an anderer Stelle gestanden, hatte anderen Menschen zugehört. Auf dem Hanauer Heumarkt sprachen sie über getötete Familienmitglieder, waren wütend, wirkten viel zerbrechlicher als in den Videoclips, die ich von ihnen kannte. Ihre Bühne war kleiner, befand sich neben einem viel kleineren Denkmal: Ein kahler Stadtbaum, noch recht jung, an seinem Stammschutz lehnten mehrere Kränze und Blumensträuße. Um ihn herum waren Porträts von neun Menschen auf Augenhöhe angebracht, unter jedem Bild ein Name: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüç, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov. Noch vor einigen Monaten hatten sich diese Bilder am Sockel des Brüder-Grimm-Denkmal befunden.

Doch Hanau braucht nun ein anderes Denkmal, das daran erinnern soll, womit sein Name für lange Zeit verbunden sein wird. So wie die Namen von Mölln, Solingen, Dessau, Rostock-Lichtenhagen, Halle (Saale). Was wussten wir, die dort nicht lebten, vor diesen Morden über diese Städte? Gibt es ein anderes Land, in dem so viele Städtenamen mit rassistischer Gewalt verbunden werden? Wo kann man die Reste dieser Gewalt finden, wenn man diese Städte besucht?

In Hanau hat man nach einer Antwort gesucht. Von den 118 Einreichungen aus dem In- und Ausland wurden fünf Entwürfe ausgewählt, um den Opfern der Gewalt ein Mahnmal zu errichten. Die Namen der Finalist*innen sind: Matthias Braun, Carla Maus, Susanne Lorenz, Heino Hünnerkopf, Stephan Quappe Steffen.

In den Jahren 2020 und 2021 ereigneten sich täglich mindestens drei bis vier antisemitisch, rassistisch oder rechtsextrem motivierte Gewalttaten in Deutschland. Wie viele Menschen betrifft so eine Tat direkt? Wie sehen sie aus, wie heißen sie? Wie viele wurden verletzt, traumatisiert, entwürdigt, gedemütigt, versehrt oder sogar ermordet? Wie viele wurden zu Beistehenden, die nicht sehen, hören, helfen wollten? Wie viele weitere sind eingebunden in die Umstände, die Verfolgung, die Aufklärung? Die Verwischung, die Unsichtbarmachung? Wie viele betreffen diese Taten, wie sind sie verbunden?

Statt von innerer Zerrissenheit und äußerer Spaltung zu sprechen, könnten wir diese Verbindungen sichtbar machen: Man stelle sich ein Kartennetz vor, das sich aus den vielen Linien ergibt, die sich von einem Tatort zum anderen ziehen lassen. Offensichtlich wäre, dass es keinen Einzelfall gibt in diesem Netz. Nach und nach würde es alle miteinander verbinden. Vielleicht würde es, wie Peter Weiß formulierte, „spüren lassen, wie



unzureichend schon die Beschreibung der kürzesten Wegstrecke wäre, indem jede eingeschlagene Richtung ihre Vieldeutigkeit eröffnete“.

Bei der Hanauer Gedenkfeier am 19. Februar 2021, einem Freitag, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner online übertragenen Rede: „Jeder einzelne Mensch, um den wir trauern, war einerseits ein zufälliges Opfer, weil er gerade dort war, wo der Täter seinen mörderischen Plan umsetzen wollte. Andererseits waren die Opfer alles andere als zufällig: Weil sie in der hasserfüllten Vorstellung des Täters nicht hierhergehörten, gerade deshalb waren sie das präzise Ziel seines tödlichen Plans. Auch deswegen hat diese Tat ein solches Entsetzen ausgelöst, nicht nur, aber gerade unter allen Menschen mit Einwanderungsgeschichte.“

Millionen einzelner Geschichten, geeint in einer Geschichte des Entsetzens und der Angst, nicht einzeln gesehen zu werden. Als Masse, in der nichts mehr zählt und auch erzählt werden kann. Teil einer Masse ohne Namen, Hoffnungen, Vorher und Nachher, ohne Liebe, ohne Leben.

Eine Masse kann man nicht erinnern. Wir haben uns dennoch Erinnerungsorte gebaut. Einige von ihnen stehen in Mölln und Solingen, in Dessau und Rostock-Lichtenhagen, in Hanau und Halle (Saale). Wir haben an einer Topografie gebaut, die uns zeigt, wo wir uns befinden. Wir haben Straßen umbenannt und versucht, Namen zu erlernen. Mit jedem Jahr machen wir weniger Fehler bei der Aussprache: Wir sagen Ayşe Yılmaz, Enver Şimşek, Süleyman Taşköprü, Mehmet Kubaşık und betonen den Buchstaben ş nun richtig. Wir sagen Oury Jalloh und wissen, dass das der Name eines Mannes war. Wir sagen Habil Kılıç oder Saime Genç und wissen, wie ein ç ausgesprochen wird.

Manche dieser Namen gehörten zu den zehn Millionen Namen von Menschen mit deutschem Pass, die man durch den Begriff Migrationshintergrund kennzeichnet. Andere waren Teil der Zahl 10,6 Millionen, mit der Menschen ohne deutschen Pass gemeint sind. Diese Zahlen weisen auf eine Gesellschaft hin, in die eingewandert wird. Das ist Realität. Um dem Selbstbild als Einwanderungsgesellschaft zu entsprechen, bedarf es einer Politik für solch eine Gesellschaft. Diese Politik würde gute Lebensbedingungen und Teilhabechancen für Eingewanderte bieten, würde sich keinem Fonds für Opfer rassistischer Gewalt widersetzen, keine Abschiebungen in der Nacht durchführen, würde glaubwürdig rechtsradikale Tendenzen in den Sicherheitsbehörden bekämpfen, würde Frontex nicht mit der abendländischen Kultur legitimieren. Würde nicht zulassen, dass ein Viertel der Bevölkerung

bloß zehn Prozent im öffentlichen Dienst und sechs Prozent im Lehrdienst vertritt. Würde Eingewanderte nicht nur als Objekte der Migration behandeln, sondern als Subjekte im eigenen Land. Würde Einwanderungsland als Praxis verstehen.

Als ich am Nachmittag des 19. Februar 2022 in Hanau stand und froh, fragte ich mich, weshalb dem Bruder und Hinterbliebenen Çetin Gültekin auch zwei Jahre nach dem Anschlag nur Worte der Wut für die schwarz-grüne Landesregierung Hessens blieben. Fragte ich mich, weshalb die Mutter und Hinterbliebene Emiř Gürbüz wenige Stunden zuvor bei der Veranstaltung auf dem Hanauer Hauptfriedhof feststellen musste, dass dieselbe Landesregierung die Gedenkstunde an ihre neun ermordeten Familienmitglieder vereinnahmt hatte. Fragte ich mich, weshalb dieselbe Landesregierung es abgelehnt hatte, interne Verfassungsschutzakten zur NSU-Mordserie offenzulegen. Fragte ich mich, weshalb der Landesvorsitzende der hessischen Grünen Philip Krämer erst im Nachhinein feststellte, dass Abschiebungen nach Afghanistan ein Fehler gewesen waren. Fragte ich mich, wann endlich diese Opfer, die wir an diesem Tag betrauern, auch von allen betrauert werden würden als unsere Opfer. Wann wir uns gemeinsam als uns erzählen würden.

Asal Dardan, geboren 1978 in Teheran, wuchs nach der Flucht ihrer Eltern aus dem Iran in Köln, Bonn und Aberdeen auf. Sie studierte Kulturwissenschaften in Hildesheim und Nahoststudien in Lund. Als freie Autorin schreibt sie u.a. für *Zeit Online* und *Die Presse*. Für ihren Text „Neue Jahre“ wurde sie mit dem Caroline-Schlegel-Preis für Essayistik ausgezeichnet.





Ernsthafte Absichten

Text: Susanne Lang

Noch brummt er leise. Die Ampel springt auf Grün. Der Sattelschlepper beginnt zu rattern, er holt Luft und rollt langsam an, Richtung Friesenstraße, den Berg hinauf. Auto um Auto folgt, ein Motorroller rührt vorbei. Dann ist es plötzlich still. Für einen Moment kommt kein Fahrzeug. Stattdessen hört man Vögel zwitschern und Gesprächsfetzen der Passant*innen. Wenn es nach Barbara Rolfes-Poneß und Norbert Rheinländer ginge, wäre das immer so, hier an der Straßenkreuzung im Berliner Bergmannkiez.

Die beiden engagieren sich in der Bürgerinitiative leiser-bergmannkiez.de. Seit 2012 fordert diese die Sperrung der Zossener- und Friesenstraße für den Durchgangsverkehr. Rolfes-Poneß wohnt in einer angrenzenden Querstraße, dort hat die Stadtplanerin ein genossenschaftliches Wohnprojekt mit initiiert. „Der Verkehrslärm ist unerträglich“, sagt die 74-Jährige. Ihr Mitstreiter Norbert Rheinländer zeigt auf die Kreuzung, wo längst schon wieder ein brummender LKW vor der

roten Ampel steht. „Ideal wäre es, wenn hier ein versenkbarer Poller den Großteil des Verkehrs fernhalten könnte.“ Nur Linienbusse und Versorgungsfahrzeuge dürften dann passieren.

Da es sich um eine der Haupttangente für den Fernverkehr handelt, von der Leipziger Straße in Mitte bis hin zur Stadtautobahn, entscheidet nicht die Bezirksregierung, sondern der Berliner Senat über eine Sperrung. „Man braucht einen langen Atem“, sagt Rheinländer und lächelt. Er engagiert sich seit den 1970er Jahren in verschiedenen Berliner Initiativen für die Verkehrswende und hat eine entscheidende Erfahrung während all dieser Zeit gemacht: Es kommt

Im Idealfall handelt es sich bei Zivilgesellschaft und politischen Institutionen nicht um Gegner, sondern um Partner. Aber wie funktioniert das in der Praxis?

weniger auf die Parteizugehörigkeit von Politiker*innen an, sondern auf deren Bereitschaft, Expertise und Erfahrungen von Bürger*innen ernst zu nehmen. Denn im Idealfall handelt es sich bei Zivilgesellschaft und politischen Institutionen nicht um Gegner, sondern um Partner.

Hans-Peter Hubert, Politikwissenschaftler und Sprecher von leiser-bergmannkiez.de, hält es für eine wichtige Aufgabe von Parteien, die Türen für die Interaktion mit der Zivilgesellschaft offen zu halten. „Sie sollten einerseits ihre eigene Politik transparent machen und sie verständlich kommunizieren“, sagt Hubert. Zum anderen seien sie gut damit beraten, wechselseitige Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Initiativen zu wahren und die Anliegen der Bürger*innen in die parlamentarische Arbeit sowie konkretes Handeln der politischen Administration zu überführen. Umgekehrt bräuchte es auf Seiten der Zivilgesellschaft aber auch die Bereitschaft, die Entscheidungsprozesse der institutionalisierten Politik zu respektieren. „Wenn beide Seiten das mit ernsthafter Absicht tun, dann kann etwas Gutes dabei herauskommen“, so Hubert. Er sieht beide Seiten in geteilter Verantwortung.

In Berlin wird dies im Bereich der Klimapolitik künftig sogar institutionalisiert stattfinden. Das Land hat einen Klimabürger*innenrat eingesetzt, der am 26. April zum ersten Mal tagen wird. Das Gremium besteht aus 100 Berliner*innen, die nach dem Zufallsprinzip ausgelost wurden. Ziel bei der Besetzung ist es, ein repräsentatives Mini-Berlin hinsichtlich soziodemographischer Merkmale wie Altersgruppe, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationserfahrung abzubilden. Der Rat soll Empfehlungen für klimapolitische Maßnahmen des Senats in den Bereichen Verkehr, Gebäude / Wärme und Energie aussprechen. Das Interessante daran: Der Klimabürger*innenrat geht selbst auf eine erfolgreiche Bürger*inneninitiative zurück. Klimaneustart Berlin hat dem Abgeordnetenhaus vor zwei Jahren im Rahmen einer Volksinitiative 32.011 Unterschriften für die Einsetzung eines Bürger*innenrats zum Klimaschutz überreicht. Infolge einer offiziellen Anhörung empfahlen die Parlamentarier im Anschluss offiziell die Umsetzung. Nach einer Ausschreibung des Senats sind nun drei unabhängige Organisationen für den Rat zuständig: das Beteiligungsinstitut nexus, das wissenschaftliche Institut IASS Potsdam und der gemeinnützige Verein Klima-Mitbestimmung JETZT.

Auch wenn es nicht das erste partizipative Organ dieser Art in Deutschland ist, so zeichnet den Rat doch etwas Einmaliges aus: „Es ist der erste Klimabürger*innenrat bundesweit, der von der Politik beschlossen wurde“, sagt Michaela Zimmermann. Die 35-Jährige engagiert sich seit 2020 in der Initiative Klimaneustart Berlin und hat die Kampagne für den Rat von Beginn an begleitet. „Damit haben wir als Initiative erreicht, dass die Bevölkerung stärker in die klimapolitischen Prozesse einbezogen wird und auch Menschen gehört werden, die sonst an der Klimadebatte nicht teilhaben“, so Zimmermann.

Zunächst gibt es auf den Sitzungen des Rates vor allem Input von Expertinnen und Experten zu jenen Themen, die der Senat für dringlich im Klimaschutz hält. „Ziel ist es, konsensorientiert miteinander zu sprechen und auszuloten, für welche Maßnahmen es eine Akzeptanz in der breiten Bevölkerung gibt“, erklärt Zimmermann, die auch beruflich in der Kommunikation und Kampagnenarbeit tätig ist. Am Ende überreicht der Bürger*innenrat ein Gutachten. „Die Politik kann auf diese Weise sehr gut abstecken, ob



ihre Maßnahmen von den Menschen in der Stadt mitgetragen werden“, so Zimmermann. Die Bürger*innen wiederum könnten auf ihre Interessen und Bedürfnisse hinweisen. „Der Rat ist maximal unabhängig, es sind keine organisierten Einzelinteressen vertreten“, sagt Zimmermann. Die Sitzungen, in denen Expert*innen sprechen, sollen zudem öffentlich sein. Auf diese Weise können sich Bürger*innen besser über Klimaschutzpolitik informieren. Im besten Fall profitieren damit beide Seiten vom neuen Gremium.

Da das Gutachten des Rates keine bindende Wirkung hat, ist das Organ jedoch auch auf die Akzeptanz seitens der institutionellen Politik angewiesen. „Wir haben uns daher bereits während der Volksinitiative mit den klimapolitischen Sprecher*innen der demokratischen Parteien getroffen und Gespräche geführt“, sagt Zimmermann. Auch wenn nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 viele von ihnen nun nicht mehr im Amt sind, bleibt Zimmermann zuversichtlich. „Bettina Jarasch hat bei der Vorstellung des Klimabürger*innenrats signalisiert, dass die empfohlenen Maßnahmen auf jeden Fall berücksichtigt werden“, so Zimmermann. Sie habe betont, auch wenn der Senat sich nicht nach den Empfehlungen richten sollte, so müsse erklärt werden, warum er es nicht tue. In einem Videostatement zum Bürger*innenrat sagte die Umwelt- und Verkehrssenatorin, sie wolle „die Empfehlung aus der Mitte der Gesellschaft“ ernst nehmen. „Ich freue mich auf die Beteiligung der Berlinerinnen und Berliner und auf einen engagierten Austausch“, so Jarasch.

Auch bei der Forderung der Initiative leiser-bergmannkiez.de könnte Jarasch demnächst eine Schlüsselrolle einnehmen. Momentan wird ein Gutachten erstellt, das prüfen soll, ob die umliegenden Straßen bei einer Sperrung der Zossener/Friesenstraße überlastet wären. Fällt das Gutachten positiv im Sinne der Initiative aus, liegt der Ball bei der Senatsverwaltung für Mobilität und der grünen Verkehrssenatorin. Einen Zwischenerfolg hat die Initiative immerhin über ein anderes partizipatives Element, die Bürger*innenbeteiligung zum Lärmaktionsplan (LAP), den die Europäische Union gesetzlich für alle großen Städte vorschreibt, bereits erwirkt: Das Kopfsteinpflaster in der Friesenstraße wurde mit Flüsterasphalt ersetzt. Seither sind zumindest die Dezibel etwas gesunken. „Es ist hilfreich, sich an Prozessen zu beteiligen, die bereits von der institutionalisierten Politik betrieben werden“, sagt Hubert. „Unsere Aufgabe damals war es, möglichst viele Menschen

für unser Anliegen zu mobilisieren.“ Mit Erfolg: Bei der Onlineabstimmung erzielte die Initiative ein sehr gutes Ergebnis, Platz eins der drängendsten Lärmprobleme im Bereich Autoverkehr. Daraufhin hatte der Berliner Senat die Friesenstraße in den Lärmaktionsplan aufgenommen und das Kopfsteinpflaster austauschen lassen – mit EU-Fördergeldern, die für LAP-Projekte beantragt werden können. Zufriedengeben will sich die Initiative leiser-bergmannkiez.de damit jedoch nicht. Sie kämpft weiter für eine Sperrung der Straßen für den Durchgangsverkehr. Und wer weiß, vielleicht gibt es zum diesjährigen 10. Jubiläum der Initiative einen Anlass zu feiern. Andernfalls wird sie weitermachen.

Susanne Lang lebt als freie Redakteurin und Autorin in Berlin.



Was ist die grüne Erzählung von ... #grz22



Freitag, 20. Mai 2022

17.30 – 21.00 Uhr:

Podiumsgespräche mit Stimmen aus
Politik, Wissenschaft und Journalismus

Samstag, 21. Mai 2022

10.00 – 14.00 Uhr:

Gespräche, Workshops und Infostände mit
viel Raum zum Austausch

Die Videos und Dokumentationen zur
Konferenz gibt es hier zum Verfolgen und
Nachschauen: www.boell.de/grz22

Die dramatische Lage in der Ukraine nimmt die Bundesregierung zusammen mit ihren Partnern in die Pflicht. Die humanitären, geopolitischen und ökonomischen Auswirkungen sind enorm. Sie übersetzen sich auch in eine große Gestaltungsaufgabe für eine umfassende Erneuerung unseres Landes. Vor diesem Hintergrund fragen wir nach der Verantwortung der grünen Strömung. Welche Konsequenzen sind in dieser Situation zu ziehen, welche alten Gewissheiten in Frage zu stellen? Wie gelingt es, radikal in der Analyse von Problemen und Chancen zu sein und zugleich einen verlässlichen, gesellschaftlich tragfähigen Weg bei der ökologisch-sozialen Transformation zu gehen?

Eine entscheidende Aufgabe wird darin bestehen, individuelle und kollektive Verantwortung in der Gesellschaft neu zu verhandeln und zu verteilen. Viele Akteur:innen in Wirtschaft und Gesellschaft sind bereit, daran gemeinsam mit der grünen Strömung zu arbeiten. Die Konferenz lotet aus, was diese Verantwortungsübernahme bedeutet und wie sie sich in die grüne Erzählung der 2020er Jahre einfügt.

Twitter: #grz22



Die Grauzone zwischen Hauseingang und Fußgängerzone

Text: Lena Kaiser

Ein Bügelbrett, das sich nicht mehr einklappen lässt, ein Fernseher, angeblich „voll funktionstüchtig“, der erst mal minutenlang die Programme sucht, oder die „zu verschenken“-Kiste mit Reiseführern aus den Siebzigern: Oft haben Dinge, die an der Straße stehen, einen Haken oder landen dort nur, weil jemand sie loswerden will. Manchmal aber auch, weil jemand einfach etwas hergeben möchte.

Für den französischen Ethnologen Marcel Mauss war *le don* (dt. „die Gabe“) ein allumfassendes soziales Phänomen, das die Mitglieder einer Gesellschaft verbindet. Wird man mit anderen Menschen über ihren Hausrat liiert, weckt das tatsächlich Emotionen. Wo hat der alte Korbstuhl gestanden, wer saß darin, welche Geschichte hatte er? Wer, wie ich, in den Bann eines aufblühenden mikrolokalen Tauschsystems geraten ist, entdeckt vieles, vieles Wundersame, auch vieles Brauchbare. Und steht dann mit beiden Beinen in einer Welt voller kleiner Entdeckungen und Entscheidungen. Mitnehmen, reparieren, weiterverschenken ...? Gaben verbinden. Geschenkt.

Viele allerdings sehen darin mittlerweile einen Auswuchs von Bequemlichkeit, Egoismus, ja Verantwortungslosigkeit und rufen sicherheitshalber gleich die Stadtreinigung, damit sie das Häufchen Gerümpel, das schlimmstenfalls auch noch Nachahmer:innen findet, vor der Tür entfernt. Und ja: Spätestens seit der Pandemie, in der sich viele auf die Einrichtung ihrer Wohnungen und Häuser gestürzt haben, mag man kaum noch an die Kunst der Gabe glauben. Kein Recyclinghof, kein Umsonstladen und keine Tauschbox ist offenbar

so niedrigschwellig wie die gefühlte Grauzone zwischen Hauseingang und Fußgängerweg. Natürlich darf man fragen: Was ist verkehrt daran, einem Becher mit Prillblumen oder dem Ableger einer Pflanze, die einem über den Kopf wächst, auf diese Weise noch eine Chance zu geben? Wo hört die Gabe auf? Wo fängt die Verantwortung an – zum Beispiel für den eigenen Müll?

Für mich verläuft die Grenze da, wo man beim Rausstellen eben nicht mehr an die anderen denkt und seinen Unrat einfach stehen lässt, insgeheim wissend, dass er kaum noch jemanden erfreuen oder nützen kann. Eine Regel könnte sein, ausrangierte Sachen mit einer kleinen Widmung zu versehen, um anderen seine Absicht zu erklären und sie auch für sich selbst zu prüfen. Warum brauche ich es nicht mehr? Was könnten andere damit anfangen? Sozusagen frei nach Marie Condo „Does it spark joy?“. Und so die Kunst der Gabe zu retten.

Viele der aus Abstellräumen, Dachböden und Kellern hervorgezogenen Sammelsurien sind auch kleine Mahnmale. Mahnmale des Überflusses, eines außer Kontrolle geratenen, verantwortungslosen Konsums. Wenn das so ist, wie befreiend wäre es, damit mal Schluss zu machen.

Lena Kaiser ist Redakteurin und Projektentwicklerin bei der taz Berlin.

Der besondere Tipp

Veranstaltungen

Feministische Ökonomik: Wirtschaft von allen und für alle
18. Mai (Mi), 18.00 – 19.30 Uhr

Was ist die grüne Erzählung von ... Verantwortung?
20. Mai (Fr), 17.30 – 21.30 Uhr und
21. Mai (Sa), 9.15 – 14.30 Uhr

Entwicklungspolitische Diskussionstage 2022
24. Mai (Di), 9.30 – 13.00 Uhr /
15.00 – 18.30 Uhr und
25. Mai (Mi), 15.00 – 17.00 Uhr

Bildungsmesse Didacta in Köln
7.-11. Juni (Di-Sa), Stand: Halle 7 / A124

re:publica 22: „Any Way the Wind Blows“
Heinrich-Böll-Stiftung: Künstliche Intelligenz und Klimaschutz im Festsaal Kreuzberg
8.-10. Juni (Mi-Fr)

Ausstellung: InVisibles – Einblicke in die Reproduktion der Zukunft
8.-29. Juni in der Heinrich-Böll-Stiftung

(De)Koloniale Erinnerungen in der DDR (online)
21. Juni (Di), 17.00 – 19.00 Uhr

Green Cities 2035: Klimaneutrale Kommunen mit neuen Allianzen (online mit Livestream)
30. Juni (Do), 17.00 – 19.00 Uhr

Atlas

Sozialatlas 2022
Der Atlas bringt Übersicht in die Komplexität des Sozialsystems, zeigt seine Grundlagen und Perspektiven. So wird sichtbar, dass der soziale Zusammenhalt auf einer Kooperation von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft beruht – und seine Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann.
boell.de/sozialatlas

Buchtipps

Revolutionär und Staatsgründer – Józef Piłsudski
Eine Biografie von Wolfgang Templin, die zugleich die tragische Geschichte Polens zwischen den Großmächten erzählt. Erschienen im Ch. Links Verlag
boell.de/josef-pilsudski

Dossier

Ukraine
Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Konsequenzen für die ukrainische Gesellschaft und die Zukunft Europas. In loser Folge berichten oder kommentieren ukrainische Partnerinnen und Partner sowie grünnahere Stimmen aus Deutschland und Europa die aktuellen Entwicklungen.
boell.de/ukraine

Identitätspolitik: Was uns zusammenhält
Wo wollen wir als Gesellschaft hin? Diese Frage, vor allem aber ihre Beantwortung hängt nicht zuletzt von unserer Perspektive auf die Welt ab und davon, wie wir selbst von Diskriminierung betroffen sind. Das Dossier ermöglicht einen Einstieg in das Thema Identitätspolitik.
boell.de/identitaetspolitik-was-uns-zusammenhaelt

Podcasts

Putins Krieg und die russische Zivilgesellschaft | Böll.Fokus
„Putins Krieg“ ist auch ein Krieg gegen die russische Zivilgesellschaft – Repressionen, Memorial-Verbot, Einschränkung von Menschenrechten, Verhaftungen von Zivilistinnen und Zivilisten. Ein Blick nach Russland.

Wärmewende | Böll.Spezial
Die Wärmewende galt bisher als schlafende Riesin der Energiewende. Aus vielen Gründen ist es nötig, sie aufzuwecken. Wie es funktioniert und welche Voraussetzungen es braucht, besprechen wir in dieser Folge zur Wärmewende.

Yosra Frawes – Politische Krise in Tunesien | Böll.Interview
Tunesien galt lange als Musterland der demokratischen Transformation nach dem Arabischen Frühling. Aber seit Juli 2021 regiert Präsident Kais Saïed allein und per Dekret. Was wird jetzt aus der Demokratie?
boell.de/podcasts

Unterrichtsmaterial

Selbstbestimmt im Netz
Drei Lernreisen für Schülerinnen und Schüler zu den Themen „Fake News“, „Datenspuren“ und „Digitale Spiele“.
boell.de/selbstbestimmt-im-netz

E-Papers

Analyse und Bewertung eines Strafzolls auf russische Öl- und Gasimporte

Äthiopien zwischen Krieg und Dialog
boell.de/e-paper

böll.brief

Transformation der Automobilindustrie: Was jetzt zu tun ist
boell.de/boellbrief

Impressum

Herausgeberin
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 – 2 85 34 – 0
F 030 – 2 85 34 – 109
info@boell.de

www.boell.de
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung
Ole Meinefeld

Redaktion
Elisabeth Schmidt-Landenberger
Martin Reichert

Schlussredaktion
Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung
State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Titel-Illustration
State

Druck
Kern GmbH Bexbach

Papier
Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen
Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

twitter.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

«Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und als einflussreichstes Land innerhalb der EU hat die Bundesrepublik erhebliche Gestaltungsmacht. Mit dieser Macht geht Verantwortung einher für die regionale und globale Ordnung jenseits unserer Grenzen. Für den Rückzug auf eine rein vermittelnde Rolle in einer konfliktreichen Welt ist Deutschland zu bedeutsam.»

Böll.Thema 22-1
Klima, Gesellschaft, Politik –
Verantwortung übernehmen

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de

Hier geht's zur Onlineausgabe

